

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4.50 RM, monatlich 1.50 RM.
 (Zwei in Haus, vorauszahlbar. Einzelne
 Nummern 10 Pf. Postbezug: Viertel-
 jahr 1.50 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Osterr.-Ungarn
 2.- RM, für das übrige Ausland
 4.50 RM monatlich. Versand ins Reich
 bei direkter Bestellung monatlich 1.50 RM.
 Vorbestellungen nehmen an: Post-
 amt, Holland, Dänemark, Schweden
 und die Schweiz. Eingetragene in die
 Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 beträgt 1. die stehenspaltene Zeilen-
 zeile 60 Pf. „Kleine Anzeigen“,
 das selbige Wort 20 Pf. (zu-
 lässig 2 Zeilenbreite Wort), jedes
 weitere Wort 10 Pf. Die ersten
 und Schlusszeilen des Wortes
 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.
 Worte über 15 Buchstaben zahlen für
 zwei Worte. Zeichensatzschlag 10 Pf.
 Familien-Anzeigen 50 Pf.,
 politische u. gesellschaftliche Anzei-
 gen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmitt. im Druckerei-
 Berlin, S.W. 68, Lindenstraße 3, ab-
 gegeben werden. Gedruckt von 6 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. Sonnabend, den 26. Januar 1918. Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Einladung an Wilson.

Wenn Sie eine Regierung hätten, die einen anderen Frieden will, als den des erdrückenden Teiles der ganzen Bevölkerung, wenn Sie eine Regierung hätten, die aus Eroberungsabsichten den Krieg verlängert, dann wäre ein Kampf des Hinterlandes gegen die Regierung von dessen Standpunkt aus verständlich. Da die Regierung genau das Gegenteil will, wie die Majorität der Monarchie, d. h. die baldigste Erreichung des ehrenvollen Friedens ohne anexionistische Ziele, so ist es ein Wagnis, ihr in den Rücken zu fallen, sie zu hemmen und sie zu fördern.
 Graf Czernin am 24. Januar 1918.

In der deutschen Presse ist eine höchst spannungsvolle Debatte darüber entstanden, ob die Friedenseinladung Czernins an Wilson einen Abfall Österreich-Ungarns vom Bündnis bedeutet oder nicht. Die alldeutschen-konfessionellen Blätter nehmen das erstere an und behandeln Österreich-Ungarn schon in ähnlicher Weise, wie „Matin“ und „Times“ im ersten Jörn über die bolschewistische Wendung in Rußland sprachen.

In der Rede aber, die Herr v. Kühlmann gestern im Hauptauschuß gehalten hat, findet sich der schwerwiegende Satz: „Wir stehen mit dem Grafen Czernin im Einklang.“ Dieser Satz bestätigt, entgegen allen alldeutschen Vermutungen, daß „Graf Czernins Bruderkuß für Wilson“ — wir finden diese geschmackvolle Ueberschrift in der „Post“ — im voraus den Segen der deutschen Regierung erhalten hat. Während also Graf Czernin, der sich, weit vom Schuß, über die Alldeutschen sogar lustig machen darf, mit lebhafter Verbung vorgeht, ist dem Grafen Hertling die Rolle der spröden Säulen zugefallen, die sich verhämt im Hintergrunde hält.

Czernin hat zwischen dem amerikanischen und dem österreichischen Friedensprogramm eine weitgehende Übereinstimmung festgestellt und gemeint, über die Differenzen werde sich reden lassen. Umgekehrt hat Hertling nur eine sehr mäßige Übereinstimmung gefunden und über mangelndes Entgegenkommen an den deutschen Friedensstandpunkt geklagt, was im Zusammenhang mit der Czerninrede offenbar den Sinn einer Aufforderung hat, doch gefälligst etwas näherzutreten. Wir stehen also vor einem neuen Versuch Deutschlands und Österreich-Ungarns, die Verhandlungen über den allgemeinen Frieden in Gang zu bringen, und es braucht nicht erst lang auseinanderzusetzen, daß das Ziel dieses Versuches auch das Ziel der Sozialdemokratie ist. Etwas anders aber verhält es sich, soweit es auf die gewählte Methode und das angestrebte Endergebnis des Friedens ankommt. Hier bestehen scharfe, wenn auch noch nicht vollständig geklärte Meinungsverschiedenheiten.

Wenn Sie eine Regierung hätten, die aus Eroberungsabsichten den Krieg verlängert, dann wäre der Kampf des Hinterlandes gegen die Regierung von dessen Standpunkt aus verständlich. Nun, wir in Deutschland sind in der fatalen Lage, nicht genau zu wissen, ob unsere Regierung den Krieg aus Eroberungsabsichten verlängert oder nicht. Hertlings Formeln sind dunkel und vieldeutig.

In einem Artikel des „Tag“ zur Verteidigung der Obersten Heeresleitung, dessen Ton und Inhalt auf militärische Urheberschaft schließen läßt, findet sich folgende Stelle:
 Bei den Besprechungen über die zu erstrebenden Kriegsziele, die zwischen der Obersten Heeresleitung und den Reichsministern während des Krieges stattgefunden haben, ist das leitende militärische Zentrale wiederholt das allgemeine Programm der Regierung mitgeteilt worden. Danach mußten sich naturgemäß die militärischen Maßnahmen der Obersten Heeresleitung richten. Man kann z. B. einen vollständigen Verzichtfrieden mit erheblichen militärischen Aufwendungen und mit unvergleichlich geringeren Verlusten erlangen als einen Sicherungsfrieden.

„Vollständiger Verzichtfrieden“ ist gleichbedeutend mit anexionistischem Frieden, „Sicherungsfrieden“ mit anexionistischem Frieden. Hier wird also ausgesprochen, was ja an sich schon sehr einleuchtend ist, daß ein Frieden ohne Anexionen eher und mit geringeren Verlusten zu erreichen ist als ein Frieden mit Anexionen. Die Masse der Bevölkerung verlangt den Frieden, dem seine Gegner den Ekelnamen eines „vollständigen Verzichtfriedens“ gegeben haben, und sie fragt mit jedem Tage lauter die Regierung, ob sie diesen „Verzichtfrieden“ schließen will oder ob sie die Verantwortung für die unabsehbaren Blutopfer auf sich nehmen will, die für den sogenannten „Sicherungsfrieden“, ohne bestimmte Aussicht auf Erfolg, noch riskiert werden müssen.
 Wir erfahren, daß es ein „allgemeines Programm der Regierung“ gibt, nach dem die Oberste Heeresleitung ihre Kriegsführung einrichtet. Gätte das deutsche Volk nicht das Recht, dieses allgemeine Programm etwas näher kennen zu lernen? Auch Herr v. Kühlmann hat gestern im Hauptauschuß erklärt, daß die Politik, die er in Breslau treibe, „zwangsläufig“ sei, da schon vor seinem Amtsantritt im Juli

v. J. die Politik nach Osten, d. h. die polnisch-baltische Politik „als zwischen allen maßgebenden Faktoren schon bestehend angenommen worden sei“. Dazu ist zweierlei zu bemerken: erstens, daß die deutsche Volksvertretung zu den „maßgebenden Faktoren“ nicht gehört hat, und zweitens, daß Reichskanzler Graf Hertling noch am 29. November dieser Volksvertretung erklärt hat: „Uebrigens sind die Dinge hier (im Osten) noch völlig in der Schwebe. Nachrichten, welche vor einiger Zeit durch die Presse gingen, als ob in einem Punkte eine feste Abmachung geschlossen worden sei, sind den Tatsachen vorgeeilt.“

Man darf nun wohl fragen: Steht etwas fest oder steht nichts fest? Besteht für den Osten und vielleicht auch für den Westen ein allgemeines Regierungsprogramm, nach dem die Oberste Heeresleitung ihre Kriegsführung einrichtet, das aber dem Reichstag nicht, sondern nur den „maßgebenden Faktoren“ bekannt ist?

Soll der neue Friedensschritt des Grafen Czernin Erfolg haben, so muß erst über diese Frage volle Klarheit geschaffen werden. Möge Herr v. Kühlmann doch sagen, ob ihn die Festlegung durch die maßgebenden Faktoren etwa hindert, folgende Forderungen anzunehmen:

1. Ehrliches Selbstbestimmungsrecht der Ostvölker einschließlich des Rechts, sich Rußland wieder anzuschließen.
2. Volle Wiederherstellung der Selbständigkeit Belgiens (nicht der „Ballonen und Wamen“).
3. Zurückgabe der besetzten französischen Gebiete unter der einzigen Bedingung, daß Frankreich darauf verzichtet, deutsches Gebiet zu beanspruchen.

Das ist das Programm des ehrlich anexionlosen Friedens, das Programm, das nach dem ersten Zeugnis des „Tag“ die geringsten Blutopfer kostet, das Programm, hinter dem die Sozialdemokratie und mit ihr sicherlich die ungeheure Masse des arbeitenden Volkes steht, das ist schließlich auch das Programm, auf dessen Grundlage eine Einigung mit den Gegnern in absehbarer Zeit wenn auch noch nicht sicher, so doch möglich ist. Auf der Grundlage einer anders gerichteten „zwangsläufigen“ Politik wäre aber die Einigung ohne weitere Blutopfer unmöglich!

Möge also Herr v. Kühlmann doch sagen, ob ihn irgendeine Festlegung durch „maßgebende Faktoren“ an der Anerkennung dieses Programms hindert, für das zweifellos eine starke Mehrheit im Reichstag zu haben ist! Man wird daraus zugleich entnehmen, ob die Mission des Grafen Czernin jetzt schon aussichtsreich ist oder ob erst ein Wandel der deutschen Regierungspolitik notwendig ist, um sie aussichtsreicher zu gestalten. Ohne ein klares Bekenntnis der deutschen Regierung hätten wir von dem neuesten Friedensschritt der Mittelmächte doch nichts anderes zu erwarten als eine Enttäuschung mehr!

Die Friedensdebatte in Wien.

Die Einladung an Wilson abgegangen.

In der Debatte erklärten sich Waldner (deutschbürgerlich) und Daszyński (poln. Soz.) für Czernin. Auch der deutsche Sozialdemokrat Ellenbogen sprach das Vertrauen der Sozialdemokraten in die Friedenspolitik des Ministers aus und stellte mit Befriedigung fest, daß die heutige Mitteilung des Ministers des Außen bezügliche der Wilsonnote dem allgemeinen Frieden näherbringend zu betonen sei. Es wäre wünschenswert, wenn der Minister seine Absicht durch eine neutrale Nacht Amerika übermittele.

Der Abgeordnete Stranitzki begründete den Vertrauensmangel gegen Czernin mit dessen Haltung in der Tageshergabe. In ähnlicher Weise äußerte sich auch der Südböhmische Korolec.

Nächste Sitzung morgen.

Czernins Schlusswort.

Wien, 25. Januar. Graf Czernin sagte zum Fall Hoffmann: Das Verhältnis des von mir ungemein hochgeschätzten und als General ganz zweifellos hervortragenden Herrn zu mir läßt sich ungefähr so präzisieren, daß weder ich ihm, noch er mir vorschreiben kann, was wir sprechen. Gegen seine Rede zu polemisieren, hätte ich völlig unrichtig gefunden, denn die ganze Rede entzifferte einen Sturm im Wasserglase. In West hat sich kein Mensch darüber aufgeregt, auch nicht Trocki, der darauf antwortete, wenn Hoffmann sage, daß Rußland von den Deutschen besetzt sei, so gebe er ihm darauf die Antwort, daß der Kaufmann und die Bäcker von den Russen besetzt seien. Das eine sei des anderen wert.

Was die internen Angelegenheiten Deutschlands anbelangt, so lehne ich eine Diskussion über dieses Thema ab. Ich mache nur auf einen großen Unterschied in der Kriegsziele aufmerklich, den ich bereits wiederholt hervorgehoben habe, und den die Herren immer wieder vergessen. Deutschland besteht nicht nur aus dem Deutschen Reich auf dem Kontinent, sondern dazu gehören noch seine großen Kolonien, die zurückzubekommen es das Recht hat. Sie gehören zu seinem Besitzstand und es ist selbstverständlich, daß es die Pfänder nicht aus der Hand geben kann, bevor es nicht

die Garantien erhält, daß es seinen Besitzstand wieder bekommt. Darin ist Deutschland in einer anderen Lage als wir. Wir brauchen die Hauspfänder in dieser Hinsicht weniger dringend.
 Hinsichtlich seiner

Kantwort an Wilson

erklärte der Minister, er habe diese Rede nicht nur gehalten, damit sie der Ausschuh höre, sondern auch Wilson. Wilson hatte hieron bereits zur selben Stunde Kenntnis, wo der Minister im Ausschuh sprach. (Beifall.)

Wenn Stranitzki Trocki das Verhalten darüber aussprach, daß er dem Minister angeblich gleichen soll, so bemerkte der Minister: In einem Punkt besteht

zwischen mir und Trocki jedenfalls ein Unterschied.

Wir sind beide in unsere respektiven Heimaten gefahren, um ein Vertrauensvotum der respektiven Körperschaften zu erlangen. Trocki ist das nützlich, und er hat als Antwort Maschinengewehre auffahren lassen und die Konstituante auseinandergetrieben. Wenn Sie mir das selbe machen, lasse ich keine Ratrosen kommen, sondern demissioniere. (Geisterheil.) Was demokratischer und freibheitlicher ist, überlasse ich Ihrer Beurteilung. (Lebhafter Beifall.)

Aus dieser neuen Rede Czernins geht die wichtige Tatsache hervor, daß die Einladung der Mittelmächte an Wilson, in Friedensverhandlungen einzutreten, dem Präsidenten schon vor der öffentlichen Mitteilung des Ministers zugegangen ist.

(Siehe auch Beilage, erste Seite.)

Bauern-Kamenz unser!

Die Mehrheit für Verständigungsfrieden!

Bauern, 25. Januar. (Eigener Drahtbericht des „Vorkamenz“) Bei der heutigen Stichwahl im Wahlkreis Bauern-Kamenz erhielten

ParteiSekretär Ullig (Soz.) 9661 Stimmen,

Justizrat Hermann (Konf.) 8763 Stimmen.

Ullig ist somit gewählt!

Eine Probe auf die Stimmung des deutschen Volkes sollte diese Nachwahl sein. So hatte die „Kreuzzeitung“ verurteilt, als das Mandat des Antisemiten Gearte frei wurde. Die Probe ist gemacht worden — und sie hat mit einer schweren Niederlage der alldeutschen Eroberungspolitik geendet. Der Wahlkreis, der sich seit 1877 dauernd in den Händen der Rechten befand, der einzige sächsische Wahlkreis, den die Sozialdemokratie bislang noch niemals zu erobern vermochte, — er schied jetzt einen Sozialdemokraten, einen unverrückbaren Anhänger des Friedens ohne Anexionen und Kontributionen, in den Wahlenbau.

Ulligs Sieg ist ein Sieg des Verständigungsfriedens. Er ist gleichzeitig ein Sieg der sozialdemokratischen Mehrheitspolitik. Ihr gelang, was die Unabhängigen vor etwa Jahresfrist in Ochsens-Burgen unter viel günstigeren Vorbedingungen vergeblich versucht haben: der Reaktion, dem Alldeutsthum, einen für uneinnehmbar gehaltenen Wahlkreis zu entreichen. — Sachsen ist wieder das rote Königreich! Von den drei sächsischen Eichen, welche die Rechte 1912 retten konnte, besteht sie nur noch eine!

Ein Menetekel für die Vaterlandspartei und die alldeutschen Anexionisten! Zweifelnd die Herren nun noch, wie eine allgemeine Wahl ausfallen würde?! Bauern-Kamenz ist nur der Auftakt zu dem, was sich bei den nächsten Reichstagswahlen ereignen wird!

Bei der Hauptwahl waren abgegeben worden für Ullig (Soz.) 6416, Hermann (Konf.) 6067, Budar (Fortst. Sp.) 6005 Stimmen. Die Wahlbeteiligung an der Stichwahl übertrifft also um etwa 1400 Stimmen die der Hauptwahl. Der weitaus größte Teil der Fortschrittler hat offenbar gemäß der von der Parteileitung ausgegebenen Parole in der Stichwahl für den Sozialdemokraten gestimmt.

Arbeiterkongress zu Nottingham.

Die englische Arbeiterpartei über Krieg und Frieden. — Henderson als Renardner von Gesellschaft und Arbeiterbewegung.

London, 23. Januar. (Neuer.) Die offizielle Eröffnung der Jahreskonferenz der Arbeiterpartei fand heute statt.

Der Vorsitzende Burdett sagte in seiner Eröffnungsansprache, daß entgegen ihren Hoffnungen der Krieg noch immer mit unverminderter Kraft wüte und die industriellen Klassen durch Generationen seine katastrophalen Wirkungen fühlen würden. Es muß von der nationalen Arbeiterpartei alles getan werden, um ihre russischen Freunde zu verhindern, einen Sonderfrieden mit den Mittelmächten zu schließen. Nichts könnte für die Demokratie vernichtender sein. Es sei für Deutschland und seine Bundesgenossen nicht länger möglich, zu sagen, daß

in einen Verteidigungskrieg kämpfen. Während Großbritannien und seine Verbündeten bekannt gemacht hätten, daß sie nicht beabsichtigen, die deutsche Nation zu vernichten, daß man kein Zeichen, daß Deutschland und seine Verbündeten Willens seien, die von Lloyd George, Wilson und der Arbeiterpartei ausgesprochenen Prinzipien anzunehmen. Bis Deutschland Belgien, Nordfrankreich und die anderen besetzten Gebiete räumen? Wenn das deutsche Volk und die deutsche Regierung aufrichtig einen Frieden, der auf den Grundsätzen der Rechtfertigung aufgebaut ist, wünschen, so ist ihnen der Weg dazu geöffnet worden. Wenn sie die von Wilson aufgestellten Grundzüge annehmen, ist der Weg zu einer Schlichtung auf der ganzen Welt frei, die es uns ermöglichen wird, einen Frieden herzustellen, der keine Keime zu künftigen Kriegen in sich trägt. Während Deutschland jene Gebiete noch besetzt hält, würde ein durch Verständigung erzielter Friede seinerseits als Sieg ausgelegt werden und den Militarismus noch stärker im deutschen Volk festigen. Wenn Deutschland und seine Verbündeten nicht willens sind, ihrerseits die Annahme der von unserer Regierung und Wilson veröffentlichten Prinzipien zu erklären, müssen wir weiter kämpfen bis zu einem Abschluss, der es den Völkern der Welt ermöglicht, in Sicherheit zu leben, müssen wir den Krieg fortsetzen, bis der Sieg gesichert ist.

Burdys Rede machte einen tiefen Eindruck. Es sprach aus ihr ein hoher, mit den den demokratischen Grundsätzen vereinbarlicher Patriotismus.

Nach der Rede des Vorsitzenden ging die Versammlung zur Verhandlung über die Frage der Ergänzung der Parteistatuten über. Der ausführende Ausschuss beantragte, daß die Arbeiterpartei aus allen Organisationen sowie einzelnen Männern und Frauen, die sich zu dem Statut und dem Programm der Arbeiterpartei bekennen, bestehen sollte.

Henderson sagte, indem er eine Resolution beantragte, daß sie in internationaler Beziehung in Erwartung eines Sozialfriedens seien. In nationaler Beziehung verlangten sie die Neuordnung der Gesellschaft, auf der breiten Grundlage des Bürgerrechts. Die weiche Schaberei könne nur durch eine Neuordnung der Gesellschaft beseitigt werden. Die Arbeiterbewegung müsse von oben bis unten organisiert werden. Nur durch solche Mittel könnten sie sich die Hilfe der Regierung im Lande sichern. Diese Organisation müsse auch auf so breiter Grundlage ruhen, daß es möglich sein würde, Männer, wie Admiral Lord Beersford und alle hervorragenden Gewerkschaftsbeamten wie John Seddon aufzunehmen. Zum Schluss rief Henderson zur Neuorganisation der Partei auf, jedoch zur gegebenen Zeit die 16 300 000 Wähler bei den nächsten allgemeinen Wahlen eine Partei für sich haben würden.

Der Antrag der Bergarbeitervereinigung, die Frage des Parteistatutes um einen Monat zu vertagen, wurde mit seiner Mehrheit angenommen. Henderson verlas sodann eine Entschließung, worin die Regierungen der Alliierten aufgefordert werden, eine Kriegszieleklärung abzugeben, sich mit den Anordnungen für eine Konferenz in London am 20. Februar einverstanden zu erklären und der Teilnahme an einem internationalen Kongress in irgend einem neutralen Lande, vorzugsweise der Schweiz, die Wege zu ebnen.

Nach lärmenden Auftritten wurde die Entschließung gegen einige Unzufriedene angenommen. Die Konferenz wurde auf morgen vertagt.

Amsterdam, 24. Januar. „Algemeen Handelsblad“ meldet aus London, daß auf dem Arbeiterkongress in Nottingham mit 134 000 gegen 138 000 Stimmen beschlossen wurde, den Plan zum Ausbau der Arbeiterpartei auf einer breiteren Grundlage vorläufig zu vertagen.

London, 24. Januar. Ein Antrag, daß die Mitglieder des ausführenden Ausschusses, die auch Regierungsmitglieder seien, sich aus dieser zurückziehen sollten, wird mit 1561 000 gegen 72 000 Stimmen abgelehnt.

Guhmans, Vandervelde, Renaudel in Nottingham.

Haag, 23. Januar. („Frankf. Ztg.“) Einem Reuters Telegramm aus London ist zu entnehmen, daß auf der Arbeiterkonferenz in Nottingham die Belgier Guhman, Vandervelde, de Broedere, der Franzose Renaudel und der Russe Litwinow zugegen waren.

Guhmans sprach über die russische Revolution, wobei er erklärte, daß die Russen eine friedliche Entwicklung wollten, und diese müsse auch das Ziel der sozialistischen Arbeiterparteien der ganzen Welt sein. Er behauptete zu wissen, daß die Reden von Lloyd George und Wilson mehr Eindruck in Deutschland gemacht hätten, als aus der Presse zu erkennen gegeben wäre.

Der russische Vertreter Litwinow nahm die Bolschewiki gegen den Vorwurf in Schutz, daß sie eine Bande von Mäulern seien.

Vandervelde meinte, die Demokratie werde den Militarismus besiegen. Er machte bezüglich des Kriegszielprogramms der englischen Arbeiterpartei Vorbehalte für die südafrikanischen Kolonien. Bei dem gegenwärtigen Stand bedeute die Internationalisierung der Kolonien Afrika eine Enttäuschung, die Belgien und Portugal ohne Verzicht einer Gegenvergütung trügen. Die Demokraten der Exzentrikerstaaten müßten, nachdem sie untereinander eins geworden seien, an die Zentralmächte die Anforderung richten, zwischen Demokratie und Autokratie zu wählen. Wie aber auch die Antwort ausfalle, die Entendemostraten seien entschlossen, bis zum Ende für die Rechte der Völker zu kämpfen.

Renaudel forderte, wie Vandervelde, die Demokraten der Zentralmächte auf, den Militarismus abzuwehren. Deutschland müsse die Konfliktsfragen dem Urteil der Welt unterbreiten, so vor allen Dingen die Frage Ostafrikas. Hierbei handele es sich nicht um eine territoriale Angelegenheit, sondern um eine Angelegenheit des Rechtes, ohne die die russische Friedensformel jeden Wert verlöre. Bevor die Volksabstimmung in Ostafrika stattfinden, müßten diese beiden Provinzen bedarmet werden. Ramsay MacDonald führte aus, ein Friede ohne die Unabhängigkeit Belgiens sei nur ein Scheinfriede und habe neue Kriege zur Folge.

Amsterdam, 25. Januar. Nach einer Reutersmeldung sagte in der heutigen Sitzung der Arbeiterkonferenz in Nottingham Renaudel, daß die Kriegszielbeschlüsse der englischen Arbeiterbewegung dem Nationalrat der französischen sozialistischen Parteien am 17. Februar vorgelegt werden würde. Alles werde versucht werden, die Zustimmung der Arbeiterpartei in den Vereinigten Staaten und den anderen alliierten Ländern zu sichern. Er glaube, daß auf diese Weise die gesamten Arbeiterorganisationen der Alliierten baldigst zu einer Vereinbarung hinsichtlich ihrer Kriegsziele gelangen würden. Dann werde man sich an die Arbeiterorganisationen der anderen Kriegführenden wenden, in eine gemeinsame Aktion zur Erzielung eines dauerhaften Friedens einzutreten, der die Niederlage des Imperialismus in der ganzen Welt besiegeln würde.

Gefechte an der englischen Westfront.

Amlich. Großes Hauptquartier, 25. Januar 1918. (B. T. Z.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Perlevalle und der 243. bei Lens und beiderseits der Scarpe lebte die Gefechtsstätigkeit am Nachmittage auf.

An verschiedenen Stellen der Front Erkundungsgesichte.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

Abendbericht.

Berlin, 25. Januar 1918, abends. Amlich. Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 25. Januar 1918. Amlich wird veröffentlicht:

Keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Basel, 25. Januar. Nach einer Havasmeldung aus Paris erfuhr die russische Revolutionärsliga Vanderwilde, der gegenwärtig in Nottingham weilt, telegraphisch, er möge dem Kongress eine Protestkundgebung gegen die Auflösung der Konstituante und gegen die Verhaftung der besten Vertreter Auslands sowie gegen die unwürdige Führung der russischen Revolution unterbreiten.

Der Belgierkönig an den Papst.

König Albert hat, wie jetzt gemeldet wird, am 24. Dezember die päpstliche Hofstadt mit einem Schreiben beantwortet, in dem er seine lebhafteste Sympathie für den Friedensgedanken ausdrückt. In dem Schreiben heißt es:

Vor dem deutschen Ultimatum an Belgien hatte Belgien nur den Wunsch, mit allen seinen Nachbarn in guten Beziehungen zu leben. Es übte gegen einen jeden von ihnen mit gewissenhafter Loyalität die Pflichten aus, welche ihm die Neutralität auferlegte. Wie wurde es durch Deutschland für des Vertrauens, welches es ihm bewies, gelohnt? Wenn es ein Land gibt, welches berechtigt ist zu sagen, daß es die Waffen für die Verteidigung seines Lebens ergriffen hat, so ist das sicherlich Belgien. Es wünscht leidenschaftlich, daß dem unerhörten Leiden der Bevölkerung ein Ende gemacht werde und es vermöchte nur einen Frieden anzunehmen, welcher ihm in gleicher Weise Sicherheit: Billige Genugtuungen und Sicherheit und Garantien für die Zukunft, Unversehrtheit des mütterlichen und kolonialen belgischen Gebietes und seines politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einkaufes ohne Bedingungen und Beschränkungen, Genugtuungen für die erlittenen Schäden und Garantien gegen eine Wiederholung des Angriffs von 1914.

Der Reichstag hat die sogenannte Friedensentschließung angenommen, der Kanzler und die Minister der Auswärtigen Angelegenheiten sind in Deutschland einander gefolgt und erst unlängst haben die Mittelmächte Noten veröffentlicht und eine Antwort auf die Hofstadt des Papstes. Aber ist jemals ein Wort gesprochen worden oder jemals eine Zeile geschrieben worden, welche die unverletzlichen Rechte glatt anerkannt hätte, welche Belgien immer von neuem verkündet hat?

Hierzu ist zu bemerken, daß namens der Sozialdemokratie erst gestern wieder Genosse Scheidemann das Recht Belgiens auf Wiederherstellung der staatlichen Selbständigkeit anerkannt hat.

Deutsch-russisches Gefangenenaabkommen.

Berlin, 25. Januar. Ueber den bisherigen Gang der Verhandlungen der in Petersburg auf Grund der Zusatzbestimmung zum Vertrag von Brest-Litowsk tagenden Kommission wird nachstehendes berichtet: Die Gefangenenaabkommen hat sich mit der Heimbeförderung der Zivilpersonen und der inhaftierten Kriegsgefangenen sowie mit der Behandlung der zurückbleibenden Kriegsgefangenen beschäftigt. In der Frage des Invalidenaustausches ist auf der Grundlage der früheren Vereinbarungen und des nicht zur Ratifikation gelangten Kopenhagener Protokolls im wesentlichen Einvernehmen erzielt worden. Dagegen ist es hinsichtlich des Austausches der Zivilpersonen bisher zu einer Verständigung über den Kreis der auszutauschenden noch nicht gekommen. Immerhin ist schon im beschränkten Umfang mit der Heimbeförderung begonnen worden.

Die Polendelegation für Brest.

Telegramm Kühlmanns.

Warschau, 24. Januar. Wie die Wäiter berichten, hat Staatssekretär v. Kühlmann an den polnischen Ministerpräsidenten v. Buchaczewski folgendes Telegramm gerichtet: Der Herr Reichskanzler hat das Telegramm Eurer Excellenz vom 17. an mich weiter geleitet. Eurer Excellenz beehre ich mich hierauf zugleich im Namen des Herrn Reichskanzlers folgendes zu erwidern: Der Wunsch, daß Vertreter der polnischen Regierung zu den in Brest-Litowsk geführten Verhandlungen zugelassen werden möchten, begegnet meinem vollsten Verständnis. Wie Eurer Excellenz den Verhandlungsberichten entnehmen haben werden, haben denn auch die Vertreter Deutschlands und Oesterreich-Ungarns der russischen Delegation den Vorschlag gemacht, zwecks Vertretung der Wünsche des selbständigen polnischen Staates Bevollmächtigte seiner nationalen obersten Staatsgewalt zu den Friedensverhandlungen hinzuzuziehen. In unserem lebhaftesten Bedauern hat eine Einigung über diesen Vorschlag nicht erzielt werden können, da die russische Delegation weder die Selbständigkeit des polnischen Staates noch die Rechtmäßigkeit einer gegenwärtigen Regierung anerkennen wollte. Zurzeit ist infolge der Abreise des ersten russischen Bevollmächtigten Herrn Trocki eine Pause in den polnischen Beratungen eingetreten. Ich werde nicht verfehlen, nach Wiederöffnung der politischen Verhandlungen bei der russischen Delegation auf den Wunsch der polnischen Regierung zurückzukommen.

Der Bürgerkrieg in der Ukraine.

Aufruf zur Erhebung gegen die Zentralrada.

Petersburg, 22. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Aufruf des Generalsekretariats des Volkes und der Republik der Ukraine an alle Ukrainer.

Das Generalsekretariat der Zentralrada unterstützt Kaledin und alle Gegenrevolutionäre in ihrem Kampfe gegen die Revolution der Arbeiter und Bauern. Ist nationale Zwitterkraft zwischen das ukrainische und russische Volk und stärkt das bürgerliche Regime in der Ukraine. Wir erklären im Namen des Volkes und der Republik der Ukraine, daß das Sekretariat der Zentralrada ein Feind des freien ukrainischen Volkes ist, und fordern das gesamte Heer sowie die Arbeiter und Bauern der Republik auf, gegen das bürgerliche Generalsekretariat der Zentralrada und gegen Kaledin zu kämpfen. Das Heer und die Regierung der Arbeiter und Bauern der geeinten Bundesrepublik wird mit uns gemeinsame Sache machen. Alle Bauern und Arbeiter, alle Bürger der Ukraine sollen das revolutionäre, das Volkssekretariat und das des Volksbeauftragten tätig unterstützen.

Die Volksbeauftragten: Georg Kogubinski, Nikolaus Stripnik, Goldemar Luremburg, Georg Leschinski, Eugen Voché, Sergo Wafinski, Manuel Lupanowski und Waldemar Kujen.

Der Ministermord.

Verhaftungen.

Petersburg, 24. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der verhaftete Soldat Bassow hatte die beiden ehemaligen Minister auf ihrem Transport von der Festung zum Hospital begleitet. Bassow führte die an dem Verbrechen beteiligten Matrosen in das Hospital. Der Führer einer Handgranatenwerferabteilung, Kulikow, der dem ersten Gemeindebezirk zugeordnet ist, hat nicht direkt an dem Mord teilgenommen, steht jedoch in engen Beziehungen zu den Mördern. Kulikow wurde auf einstimmig erlassenen Befehl des Ausschusses zur Bekämpfung der Gegenrevolution und der Pogrome verhaftet. Die verantwortlichen Kommissare sind Mitglieder der Parteien der Bolschewiki und der Sozialrevolutionäre der Linken, die in den Gemeinde- und Bezirksausschüssen arbeiten. Der Untersuchungsanschnitt kennt die Namen der Matrosen, die die ehemaligen Minister ermordet haben. In der Angelegenheit des Mordes wurden weitere drei Personen verhaftet, deren Mitschuld sich demnächst herausstellen wird.

Die Opfer der letzten Petersburger Unruhen. Reuter meldet aus Petersburg: Acht Opfer der Straßenkämpfe am Eröffnungstage der Konstituante wurden am Dienstag auf dem Peterhof-Friedhof, 15 Meilen von Petersburg entfernt, beigesetzt. Tausende von Menschen schloßen sich trotz des starken Schneesturms dem Trauerzuge an, vor allen Dingen Vertreter der bessergestellten Arbeiterklassen. In Zwischenfällen ist es nicht gelungen.

Die Lebensmittelrationierung in England.

London, 24. Januar. Reuter. Der Nahrungsmittelkommissar Lord Rhonda erklärte in einer Rede in London, die Zwangsrationierung müsse kommen. Es sei dringend notwendig, daß außer Butter und Margarine auch das Fleisch rationiert werde.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 24. Januar. Sechs Dampfer und ein Dampfschiff wurden gestern von unseren Unterseebooten versenkt. Vier Dampfer wurden dicht unter der englischen Ostküste, wo die Bewachung besonders stark ist, abgeschossen, einer von ihnen aus einem durch viele Zerstörer und Fischdampfer geschützten großen Geleitzug.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

London, 25. Januar. Unterhaus. Mac Kamara erklärte, daß mit einem Dampfer, der vom Feinde im Mittelmeer versenkt wurde, ungefähr 484 und mit einem andern 224 Personen zugrunde gegangen sind.

Die Arbeit des Reichstages.

Der Vorkonferenz des Reichstages trat am Freitag nachmittag zur Besprechung der Geschäftsliste zusammen. Es erfolgte eine Einigung dahin, daß der Hauptausschuß morgen, Sonnabend, die Beratungen über die politischen Fragen zu Ende führen, die Vollversammlung auf den 19. Februar einberufen werde und in der Zwischenzeit der Hauptausschuß nach Bedarf zusammentreten soll.

Eine auffällige militärische Einziehung.

Wieder rückgängig gemacht.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ meldet: Der bisherige Vorsitzende des Bundes der Kriegeschädigten, der „Vorwärts“-Redakteur Erich Ruttner, hat gestern von der Militärbehörde einen Gestellungsbefehl für den 25. d. M. erhalten. Ruttner war nach seiner schweren Verwundung zunächst „d. u.“ geschrieben worden, im Mai 1916 aber für arbeitsverwendungsfähig in der Heimat erklärt worden. Er bezieht noch jetzt eine 50prozentige Rente. Als „Vorwärts“-Redakteur war er bis zum 31. März d. J. rekrutiert.

Die Mitteilung des „Berliner Lokal-Anzeiger“ ist richtig. Die Wiedereinziehung unseres Kollegen, dessen rechter Arm geschossen und gelähmt ist, hat in Kreisen der Berliner Presse großes Aufsehen erregt, zumal sie ganz allgemein in bestimmter Weise gedeutet wurde.

Mittlerweile ist die Maßregel aber wieder rückgängig gemacht worden.

Verbot der „Kreuzzeitung“.

Durch das Oberkommando in den Marken ist die „Kreuzzeitung“ am Freitag früh vorläufig drei Tage verboten worden, konnte jedoch am Nachmittage wieder erscheinen. In der Presse wird das Verbot zurückgeführt auf jenen Artikel in der „Kreuzzeitung“, in dem gefordert wurde, Scheidemann und Ebert auf den Sandhaufen zu stellen. Wenn einige alldeutsche Blätter dabei durchblicken lassen, als sei das Verbot von unserer Seite gewünscht oder angeregt worden, so müssen wir dem mit der allergrößten Entschiedenheit und Entrüstung widersprechen. Wir sind prinzipielle Gegner der Zensur, gegen wen sie auch immer gerichtet werden mag, und lächeln uns durchaus Manns genug, mit derartigen Angriffen, wie sie die „Kreuz-Ztg.“ brachte, selber fertig zu werden. Wir stehen — das betonen wir gerade hier — nicht auf dem Standpunkt der „Kreuz-Ztg.“, die vor kurzem anlässlich eines Verbots des „Vorwärts“ schrieb: „Der „Vorwärts“ mußte verboten werden.“

Die politische Debatte vor dem Haushaltsauschuß.

Die Debatte fand am Freitag ihre Fortsetzung. Reichskanzler Graf v. Hertling war in der Vormittags-Sitzung nicht anwesend, dagegen waren die Abgeordneten aller Parteien wieder sehr zahlreich erschienen. Sofort nach Eröffnung der Sitzung ergriff das Wort

Staatssekretär v. Kühlmann:

Vor ich in die Einzelheiten der Verhandlungen eingehe, möchte ich in ganz wenigen Sätzen Ihnen die Geschichte der in West-Litauen verhandelten Politik und die Grundzüge dieser Politik selbst auseinandersetzen. In der sehr erregten und verwirrenden Sitzungspolemik, auf welche verschiedene der Herren Redner in der Debatte hingewiesen haben, wurde fast regelmäßig von der Fiktion ausgegangen, als seien die Unterhändler nach West-Litauen losgeschickt und hätten dort an Ort und Stelle nach den Bedürfnissen der Lage und nach der

„englischen Rörbergrube“

die sie im höchsten Grade haben. Eine Politik zurückgeblieben. Diese teilweise sehr „genetischen“ Ausführungen entbehren aber deshalb jeder Grundlage, weil, wie gestern hier schon dargelegt worden ist, der Ursprung der von uns vertretenen Politik weit zurückliegt. Diese hängt organisch zusammen mit der Schaffung eines selbständigen Polens. Ich kann nicht mit voller Sicherheit dokumentarisch sagen, zu welcher Zeit die Politik, die für uns ein Spezialinteresse an den westlichen Randstaaten des ehemaligen russischen Kaiserreichs, Ostland, Litauen und Polen festsetzte, bei uns eindeutig niedergelegt worden ist. Es haben sich jedenfalls alle aus dem Frühjahr 1917 vorgelegten, wo noch unter der Kanzlerschaft des Herrn v. Seemann Hollweg die Politik in dem Umfange, wie sie jetzt vertreten worden ist, maßgebend niedergelegt worden ist. Auch der notwendige innere Zusammenhang zwischen unserer Politik in Ostland und Litauen und der polnischen Politik, welche ein Faktum darstellt, an dem man nicht mehr vorbeigehen kann, ist gestern schon eingehend dargelegt worden. Als ich im Juli vorigen Jahres das Amt übernahm, das ich jetzt zu bekleiden die Ehre habe, war bei den einleitenden Beratungen unter der Kanzlerschaft Michaelis gleichfalls die Politik nach Osten — die Politik, welche die drei westlichen Randstaaten betraf — als zwischen allen maßgebenden Faktoren schon feststehend angenommen worden. In keiner großen programmativen Reichstagsrede im Februar hat der Herr Reichskanzler Graf Hertling seinerseits erklärt, einmal seine grundsätzliche Vereinstimmtheit, auf der Grundlage, welche der russische Anspruch an alle gegeben hatte, in Verhandlungen mit Ostland einzutreten, und zweitens erklärt, daß er die Politik des Selbstbestimmungsrechts der Völker in Bezug auf die genannten drei Randstaaten zu vertreten gedenke. Es ergibt sich also, wie so häufig im Staatsleben, daß man die persönliche Initiative und den freien Spielraum des ausführenden Staatsmannes und Unterhändlers bei weitem überschätzt, die Kontinuität der Politik bis in einen gewissen Grade, ihre Zwangslage und Bedingtheit durch das, was vorher geschaffen und getan worden ist, unterschätzt.

Die Tätigkeit in West-Litauen selbst mußte in zwei klar getrennte Abschnitte zerfallen. Ostland hatte uns in seinem an alle gerichteten Anspruch nur einen allgemeinen Frieden vorgeeschlagen. Die Verhandlungen mit Ostland mußten daher zunächst über das

Thema des allgemeinen Friedens

gehen. Ostland hatte, wenn auch unter einer früheren Regierung, so doch in verbindlicher Weise das Londoner Traaktat unterschrieben, wodurch es sich festschrieb, verbunden zu sein, keine Sonderfrieden zu schließen, und Ostland fand auch beim Beginn unserer Briefverhandlungen auf dem Standpunkt, es sollte zu einem Sonderfrieden mit uns nur dann schreiten, wenn die Verbindungen der Entente durch zweifelsohne freundschaftliches Verhalten ihm die Möglichkeit an die Hand gegeben hätten, ihnen gegenüber sich mit Zug und Recht von der Bindung des Londoner Traaktats loszusagen. Den Verhandlungen über den allgemeinen Frieden entsprach die vielbesprochene Rede vom 20. Dezember, in welcher die Verbindungen nach eingehender Prüfung und Erwägung nun ihrerseits Stellung nahmen zu den formulierten russischen Vorschlägen für den allgemeinen Frieden. Es ist im Laufe einer sehr heftigen öffentlichen Polemik bei uns mehrfach gesagt worden: warum hat man dem vorgeschlagenen Ostland erlaubt, seinerseits Vorschläge zu machen? Der Sieger hätte die Bedingungen diktieren sollen! Das beruht auf einer vollkommen falschen Auffassung der historischen Sachlage. Ostland hatte in einem allgemeinen gehaltenen Anspruch an alle gewisse Grundlinien für einen allgemeinen Frieden vorgelegt. Es war seinerseits nun verpflichtet, nachdem wir diese Grundlinien für diskutabel erklärt hatten, sie soweit auszuführen, daß uns eine detaillierte Antwort auf dieselben möglich war. Die Antwort ergab sich aus den Umständen und entsprach den Grundzügen, an welchen die Kaiserliche Regierung, seitdem ich die Ehre habe, das Amt zu führen, festgehalten hat. Ostland erklärte sich mit unserer Antwort einverstanden, das heißt, es erklärte diese Antwort als eine geeignete Grundlage für die Entente, um auf ihr Frieden zu schließen. Schloß die Entente nicht innerhalb der auf zehn Tage bemessenen Frist den Frieden auf dieser Grundlage ab, so war nach russischer Ansicht ihr abler Wille klar erwiesen, und Ostland fühlte sich frei, in eine Separatverhandlung mit uns einzutreten.

Um nicht die ganze während der 10 Tage laufende Frist ungenutzt verstreichen zu lassen, um schon vorbereitende Arbeit für die Separatfriedensverhandlungen zu tun, wurde am 26. in vorbereitender und unverbindlicher Weise schon in eine Besprechungsform zu einem eventuellen Separatfrieden eingetreten. Bei den Besprechungen über den Separatfrieden nun kam im Laufe der teilweise inoffiziell geführten Diskussion die Räumung der Gebiete zur Sprache, und auf speziellen Wunsch der russischen Delegation wurde die Räumungsfrage und die Frage der westlichen Randstaaten in den Vordergrund gestellt. Es wurden von beiden Seiten die Formulierungsgänge als Grundlagen für die Beratung niedergelegt, welche den Herren aus den Publikationen bekannt sind. Die

vielbesprochene Formulierung vom 27. Dezember

war in diesem Sinne kein offizielles Aktenstück, sondern eine während der gegenseitigen Debatten entstandene Niederschrift, in welcher der Standpunkt beider Parteien näher umrissen wurde. Es ist vielfach versucht worden, zwischen dem Dokument vom 26. und dem vom 27. einen inneren Unterschied, eine Diskrepanz zu konstruieren. Meine Herren, das ist nicht richtig, es sind Legenden entstanden, als hätten zwischen dem 26. und 27. äußere Einflüsse eingewirkt, als hätte der Standpunkt der Delegation sich verändert. Das, meine Herren, sind alles Legenden, überhaupt nicht von denjenigen, welche berichten, daß der schwachgewordene Delegation von hier aus der Rücken gestützt worden wäre, und was der gleichen Erzählungen mehr sind, doch die Steilheit und Biegsamkeit unseres politischen Bestrebens ganz erheblich unterschätzt.

In der eben zitierten programmatischen Rede des Grafen Hertling war einmal seine Vereinstimmtheit zur Diskussion des russischen Angebotes ausgesprochen, das andere Mal der Grundgedanke der Anwendung des Selbstbestimmungsrechts auf die westlichen Randstaaten. Aus diesem einen Dokument, was einem einheitlichen Geiste entsprungen ist, sind die beiden Schriftstücke vom 26. und 27. Dezember mit absoluter Logik und mit absoluter Notwendigkeit ihrerseits entsprungen. Es sind, wenn ich so mich ausdrücken darf, zwei Stücke eines Ringes, die vollkommen und wärend aufeinanderpassen.

Die zweite Phase der Verhandlungen nach der Pause galt der

Diskussion hauptsächlich der in den beiden Formulierungsgängen niedergelegten gegenseitigen Standpunkte. Die Atmosphäre der beiden Hälften der bisher geführten Verhandlungen war eine total verschiedene. Während wir im ersten Teil auf russischer Seite den Eindruck hatten, daß eine dem deutschen Völkern freundliche Grundstimmung herrsche, während die sämtlichen Herzen der russischen Delegation auch außerhalb der Sitzungen aufs freundschaftlichste mit uns verkehrten, an den gemeinsamen Aufgängen im Kasino teilnahmen und zweifellos gelegentlich durch diesen zwanglosen Meinungsaustausch auch die geschäftlichen Beziehungen in wesentlicher Weise förderten, war nach der Ankunft des Herrn Trojts als Führer der russischen Delegation

eine totale Schwankung in der Haltung der russischen Delegation festzustellen. Es war wie Tag und Nacht. Die russischen Herren hielten sich in ihren Häusern hermetisch abgeschlossen, erschienen niemals in unserem Kreise, es sei denn zu offiziellen Verhandlungen mit Stenographen und allem dem zugehörigen Material. Nicht einmal private Ausreden der einzelnen Herren waren im Ganzen mehr zugelassen, sie wurden immer nur zu zweit oder dritt entsandt.

Auch die ganze Verhandlungsart, über welche Ihnen ja, meine Herren, durch die außerordentlich ausführlichen Publikationen, die wir erlassen haben, das Höhere bekannt ist, war eine totale andere geworden. Unsere Gegner gingen vielmehr darauf aus, taktische Vorteile zu erringen, Punkte zu gewinnen, die sich agitorisch zur Verbreitung in das Ausland eigneten, als durch praktische Vorfälle, durch Annäherung an das, was wir unsererseits formuliert hatten, positive Ergebnisse zu erzielen.

Die Verhandlungen ruhen augenblicklich wieder, hauptsächlich im Hinblick auf die sehr tumultuarischen Ereignisse in Petersburg, welche die persönliche Gegenwart des Volkskommissars Trojts notwendig machten; die Verhandlungen werden voraussichtlich am Anfang der kommenden Woche wieder aufgenommen werden. Ich möchte jetzt aber den Hinblick, der sich uns bietet, noch nicht vorwegnehmen.

Zunächst möchte ich den Blick auf das ungeheure Gebilde werfen, das wir gewohnheitsmäßig unter dem Namen Ostland zusammenfassen. Und allen Schwere das russische Kaiserreich vor, das als mächtige, fast uniformierte Einheit an unserer Disposition lag. Zwischen jenem Ostland und dem heutigen Ostland besteht ein großer Unterschied. Das heutige Ostland war schon lange vor diesem Kriege in seinen inneren Grundzügen unterteilt. Schon nach der Niederlage, die Ostland von Japan erlitt, stammte das revolutionäre Feuer in Ostland energisch auf; es gelang aber der zaristischen Herrschaft, es noch einmal zu unterdrücken. Die Moskauer Ostländer wählten genau, wie schwer gefährdet ihre Stellung war, und nach den Darlegungen eines sehr kompetenten Kenners der russischen Verhältnisse, die mir in der letzten Zeit geworden sind, glaube ich, daß, wenn man den letzten Gründen dieses Krieges nachgeht, die Herabsetzung der russischen Macht, die nicht nur durch einen großen Auslandskrieg ableitung nach außen schaffen oder von der Revolution im Innern verdrängt werden, sehr wesentlich dazu beigetragen hat, der russischen Politik jene Richtung zu geben, welche zu diesem Weltkrieg geführt hat. Unter der Wucht der Ereignisse, welche unsere Armeen in Ostland verlegt haben, ist in Ostland

die Einheit des Reiches vollkommen verschwunden.

Das heutige Ostland ist zum großen Teil aufgebaut erst in den letzten anderthalb Jahrhunderten, und wenn auch unter dem zaristischen Regime eine gewisse äußere Gleichförmigkeit erzielt worden ist, so waren die verschiedenen, in das Reich reich einzufließenden Völkernschaften keinesfalls ineinander vermischt worden, und insofern übergegangen. Sobald an der Zentrale der feste Halt nachließ, kam zunächst als gefährlichster Dissoziant Faktor das Nationalitätsproblem in den Vordergrund.

Ostland beginnt sich in eine Reihe nationaler Republiken aufzulösen. Ich erinnere an Finnland, das immer in hohem Grade seine selbständige Kultur bewahrt hat; ich erinnere an die Ukraine, an die Republik in der Arta und die mehr oder minder föderativen Republikbildungen in der kaukasischen Gegend, endlich an die Bildung der großen Republik, deren Zentrum jetzt in Petersburg ist.

Wichtigste aber mit diesem nationalistischen Sprengstoff treten auch soziale Elemente als auflösende Kräfte hinzu und lösen ihrerseits diese nationalistisch abgetrennten Einzelkörper in ihre Unterbestandteile auf.

Wir erleben es, daß in Finnland, wo die finnische Republik schon wieder von bolschewistischen Zwecken unterwirft wird, wir erleben es, daß in der Ukraine, wo die Zentralmacht in Kiev, die zweifellos bis vor kurzem auch von russischer Seite anerkannt als legitimierte Vertreterin der ukrainischen Interessen angesehen war, ihrerseits von revolutionären Organisationen unterwirft und von Norden her von der bolschewistischen Republik Petersburg in einem großen Krieg mit Waffengewalt angegriffen wird. Dies ist eine der ungeheuersten Erschütterungen für den Diplomaten, der beauftragt ist, die Ostfragen zu lösen, daß man sich nicht festem mehr gegenüber

sieht. Der ganze Körper ist in Gärung übergegangen; es werden sich später wieder festere Formen konsolidieren, einstweilen sieht es aber so aus, als ob der Prozeß der Zerkleinerung und Zersplitterung noch für lange Zeit sich fortsetzen sollte.

Nach der Pause trat der bolschewistische Vertreter eine Vertretung der Zentralmacht in Kiev bei. Die Sitzungsprotokolle haben den Text vorliegen. Sie sind ohne Widerspruch, ja mit Zustimmung der russischen Delegation, als Vertreter von vier Verbänden anerkannt. Die feierliche Anerkennung der ukrainischen Volksrepublik hat noch nicht stattgefunden; sie ist unter Umständen zu erwarten beim Abschluß des Friedens mit der Ukraine.

Mit Finnland stehen wir mit weit vorgeschrittenen Verhandlungen. Soweit es sich übersehen läßt, ist da

ein Friedensschluß in naher Aussicht.

Auch die Besprechungen mit den Ukrainern, bei denen im Gegensatz zur Haltung der Bolschewisten sehr viel Sinn für praktische politische Arbeit hervorgetreten ist, sind, wie Sie aus der Rede des Grafen Czernin entnehmen haben werden, soweit vorgeschritten, daß man verständigerweise hoffen kann, sie würden zu einem Ergebnis führen. Zwischen uns und der Ukraine sind keine Punkte, von denen ich annehmen könnte, daß sie ein Scheitern der Verhandlungen zur Folge haben könnten.

Unsere Differenzen mit der bolschewistischen Delegation betreffen, wie dies ja auch Graf Czernin in seiner Rede hervorgehoben hat, hauptsächlich

die Einzelheiten der Ausführungen des Selbstbestimmungsrechts

der Völker. Dieses Selbstbestimmungsrecht ist keine so ganz moderne Erfindung, wie es angesehen und geschätzt Tageskritikern zu behaupten gefallen hat. Kein Verringerer als Fürst Wisarad hat schon nach einem der kürzesten und glanzvollsten Feldzüge, die je geführt worden sind, im Jahre 1806, einem damals wirklich in späterer Weise geschloffenen Gegner in einem Paragraphen des Friedensvertrages das Selbstbestimmungsrecht stipuliert. Es betraf diejenigen Landesteile, welche an der Nordgrenze des heutigen Deutschen Reiches in Schleswig-Holstein liegen. Sonst — ich habe darüber eine kleine Zusammenfassung machen lassen — findet sich gerade im 19. Jahrhundert nicht eines, sondern eine ganze Reihe von Beispielen, in welchen der Gedanke, daß Randstaaten Randveränderungen selbst über ihre Zukunft entscheiden sollten, ausgeführt ist. Wie gesagt, daß unser

größter Staatsmann im Jahre 1806 selbst zu diesem Mittel gegriffen hat, zeigt, daß der Gedanke durchaus nicht so neu und überraschend ist, wie er von manchen Seiten hingestellt worden ist.

Was nun die Ausführung des Selbstbestimmungsrechts betrifft, so gibt es im einzelnen weder ein europäisches Recht noch ein allgemeines Selbstbestimmungsrecht. Das muß aufgebaut werden, und muß aufgebaut werden nach dem Standpunkte, den wir konsequent und folgerichtig vertreten haben, durch

Weiterbildung des Volksthebens.

Wir hatten es jetzt in diesen schweren Kriegsjahren für einen doppelten Ansturm, wie unsere Gegner es verlangen, erst alles Bestehende auszuräumen und wegzufegen und dann in den luftleeren Raum hinein etwas zu bauen, und auf die beiden Fragen hat mir noch keiner der Gegner Aufschluß geben können, aus welcher Legitimation leiten sie denn das Recht her, in diesen luftleeren Raum hinein etwas zu schaffen, und wo steht geschrieben, was in diesen luftleeren Raum hineingestellt werden soll?

Ich will auf die kleinen Einzelheiten, die in der Diskussion auch schon gestreift worden sind, nicht näher eingehen. Innerhalb unseres deutschen Vaterlandes sind die Ansichten über Wahlrecht und Wahlgesetz, wie die Herren alle wissen, noch ganz außerordentlich verschieden, und wir haben innerhalb dieses großen blühenden Reiches auch heute noch eine bunte Musterkarte der verschiedensten Wahlrechte. Wo steht geschrieben, was nun für diese durch die Schuld und Verletzung des zaristischen Regimes politisch noch vollständig unentwickelten Randstaaten das einzig wahre Rezept sein soll? Ich glaube, ich kann mich dem, was gestern hier in so vorzüglichem und hochmännlicher Weise ausgeführt worden ist, nur anschließen, das Vorhandene auszubauen, optima sibi auszubauen, nicht um irgendeinen besonderen Zweck zu erreichen, sondern um durch langames Wachstum des historischen Gegebenen dahin zu kommen, daß man klaren Beweises sagen kann, daß ist nun wirklich der Ausdruck der überwiegenden Mehrheit des betreffenden Volkes.

Im einzelnen ist ja vielfach dargelegt worden, aus dem, was ich gesagt habe, ergibt sich auch ohne weiteres, daß wir für bestehende Voten und Meinungsbildungen

eine mindestens präsumptive Geltung

verlangen müssen. Es ist ausgeführt worden, und jeder Kenner der Geschichte weiß, daß der nationale Wille besonders im Anfang, wenn die nationale Entwicklung sich noch in ihrer Kindheit ist, von einer kleinen Anzahl geistig hochstehender, patriotisch begeisterter Führer geleitet und zum Ausdruck gebracht wird. Die große Masse des Volkes kommt dann langsam nach und ich glaube, die schwersten Angriffe, welche gegen diese Vertretungsorgane gerichtet worden sind, entbehren doch in dieser Hinsicht der Begründung. Das gewisse Elemente durch Grundbesitz, durch Bildung, durch Tradition in diesen Landesteilen überwiegenden Einfluß haben und höher auch für legitimiert erachtet wurden, im Namen dieser Landesteile zu sprechen, ist eine ganz ungewöhnliche Tatsache. Wie ich aber schon Herrn Trojts gegenüber in der Debatte betont habe, die ganze Frage ist von keiner ausschlaggebenden Wichtigkeit. Denn wenn wir uns mit Herrn Trojts über die Modalitäten der Endabstimmung einigen könnten, könnten wir die Frage nach dem präsumptiven Charakter der bisherigen Abstimmung offen lassen. Im Endergebnis würde nichts geändert werden.

Ich möchte mich auch dem, was gestern hier ausgeführt worden ist, darin anschließen, daß auch ich

eine beschleunigte Versammlung auf breiter Basis

für eine unendlich viel zweckmäßigere Form halte, als das Referendum. Auch da war am Anfang auf russischer Seite Genugthuung, auf unserer Standpunkt einzuweichen. Sie hat sich aber bei den Verhandlungen — wenn ich den Ausdruck gebrauchen darf — zurückgebildet. Aber ich glaube unbedingt nicht, daß an dieser Frage die Verhandlungen scheitern würden.

Die Schwierigkeiten der Unterhandlungen sind von dem Grafen Czernin betont worden. Sie sind auch hier in umfassender Weise betont worden. Es ist noch niemals, solange die Welt steht, der Versuch gemacht worden, eine Verhandlung nicht nur in ihren wesentlichen Teilen nach Vereinbarung auszuweihen und zu fixieren, sondern jede einzelne vertrauliche Besprechung stenographisch niederzulegen und, ohne daß der betreffende Redner auch nur Gelegenheit gehabt hätte, das Stenogramm durchzusehen, sie urbi et orbi mitzuteilen. Wir legen aber so großen Wert darauf, der ganzen Welt zu beweisen, daß unsere Politik eine vollkommen klare und ehrliche ist, daß wir, obwohl wir der ungeheuren Erschütterung uns bewußt waren, doch auf den russischen Vorschlag eingegangen sind.

Eine weitere Erschöpfung, die auch gestern hier mit ersten und treffenden Worten gekennzeichnet worden ist, war die

angeregte und krisenhafte Stimmung.

welche sich in einem Teil der großstädtischen, besonders der Berliner Presse Luft machte. Es ist mir freundlich geraten worden, ich möchte diesen Punkt nicht berühren, es würde mir nur neue Brecheingriffe eintragen. Das kann für mich nicht bestimmend sein. Die Presse ist in unseren Tagen eine ungeheure Macht geworden, und ein Tageschriftsteller, der durch sein Blatt täglich zu Tausenden spricht, trägt eine Verantwortung, die der des Parlamentariers und Staatsmannes meines Erachtens mindestens gleichwertig ist. Denn er spricht täglich. Der Staatsmann spricht nur von Zeit zu Zeit, der Parlamentarier auch. Ich hoffe, daß die Presse bei dieser ungeheuren Verantwortung bewußt sein wird und sich auch klar machen wird, daß wir da nicht für eine Partei, nicht für eine Meinung stehen, sondern für das ganze Deutsche Reich. Wir tragen das Banner des Deutschen Reiches, und wer uns in den Rücken fällt, der gefährdet nationale Interessen. Im Moment, wo wir mit unseren bisherigen Feinden in einem schweren diplomatischen Kampf stehen, gebietet es die patriotische Pflicht, Einzelmeinungen, Einzelgehörigkeiten zurückzustellen. Kommen wir nach Hause, stehen wir der Kritik zur Verfügung. Hält die Kritik gegen uns aus, so weiß die Regierung, was sie zu tun hat.

Ein Wort möchte ich widmen der technischen Frage, die gestern auch hier verschiedentlich gestreift worden ist, nämlich der

Vertretung der Obersten Oeresleitung

bei der Friedensdelegation. Auch hier bietet dieser Friede, der erste Versuch eines Separatfriedens, in diesem ungeheuren Koalitionskriege, erhebliche Schwierigkeiten, welche man bei früheren Friedensschlüssen nicht gekannt hat. 1806 und 1807/71 war der Friedensschluß kurz und nur mit einem Gegner zu treffen. Jetzt hat sich die Notwendigkeit ergeben, während noch im Westen ein Kampf auf Leben und Tod tobt, der die ganze Kraft, die ganze Spannung der großen Männer unserer Obersten Oeresleitung in Anspruch nimmt, in einer Festung fern im entlegenen Ostland, den Frieden zu verhandeln. Es würde ganz unmöglich sein, diese Verhandlungen zu führen, ohne daß die Oberste Oeresleitung beiderseits durch einen Bevollmächtigten vertreten ist. Wie gestern richtig hervorgehoben worden ist, verläßlichen sich militärische und politische Fragen in solcher Weise, daß, wenn ich erst jedesmal durch Fernschreiber oder Telefon die Verbindung mit der Obersten Oeresleitung aufrecht erhalten müßte, bei den Fragen der Räumung, Grenzziehungen, den ungeschlichen Fragen, die das militärische Gebiet streifen, würden die Verhandlungen eine Unmöglichkeit werden. Die Oberste Oeresleitung ist nun einmal ein großer Faktor unseres heutigen Lebens. Es wäre nicht klug, zu versuchen, daran vorbeizugehen. Die Aufgaben, die ihr gestellt

Werden, sind ungewisser, und von der Lösung dieser Aufgaben hängt noch immer das Schicksal des Deutschen Reiches ab. Deshalb ist eine klügelnde und enge Fühlungnahme mit einem absoluten Vertrauensmann der Obersten Deereleitung notwendig, und es ist auch notwendig, daß dieser Vertrauensmann an den Verhandlungen teilnimmt, damit er überhaupt genügend im Bilde ist. General Hoffmann, über dessen Persönlichkeit gestern ja hier in außerordentlich sympathischer Weise geurteilt worden ist, ein Mann, den ich mich nur völlig anschließen kann, hat uns während der Verhandlungen durch seine gründliche Kenntnis von Land und Leuten, durch die bei den Waffenstillstandsverhandlungen gemachten praktischen Erfahrungen unendlich viele und wertvolle Dienste geleistet. Ich möchte unbedingt warm dafür eintreten, daß auch die Herren dieses hohen Hauses sich in dieser Richtung ansprechen, daß an den bestehenden Anordnungen nichts geändert werden soll. Dadurch, daß ja der Vertreter der Obersten Deereleitung nur im Einklang mit dem politischen Leiter in die Debatte eingreifen kann, ist meiner Ansicht nach die Verantwortlichkeit der politischen Leitung voll abgedeckt.

Wenn ich zum Schluß meiner Ausführungen einen kurzen Ausblick in die Zukunft tun möchte, so ergibt sich, wie ich schon auszuführen die Ehre hatte, daß wir mit dem hochachtbaren, in politischer Beziehung für uns unendlich wichtigen Finnland — unser Handelsverkehr mit Finnland stand dem mit der Türkei vor dem Kriege nicht nach, eine Tatsache, welche vielleicht manche überraschen wird — die Dinge soweit gefördert haben, daß bei der gegenseitigen freundlichen Gesinnung ein Abbruch, soweit Voraussetzungen möglich sind, in absehbarer Zeit mit Sicherheit zu erwarten steht. Auch mit der Ukraine möchte ich, wie Graf Czernin dies in Aussicht gestellt hat, einen baldigen Friedensschluß für wahrscheinlich halten. Die großen Schwierigkeiten, mit den Petersburger Bolschewiki zum Abbruch zu kommen, sind den Herren bekannt. Es wird zum großen Teile von dem Gange des Friedenswillens der Tschechoslowaken abhängen, ob wir zum Abbruch kommen. An dem Gange unseres Friedenswillens brauchen Sie nicht zu zweifeln. Sie können überzeugt sein, daß der Herr Reichskanzler und ich keinen anderen Wunsch und kein anderes Bestreben haben, als dem deutschen Volke den Frieden im Osten so bald als möglich zu bringen.

Der Friedensschluß mit der Ukraine würde auch das rumänische Problem aufwerfen. Ich möchte auf dasselbe heute nicht näher eingehen, nur meiner Anschauung Ausdruck geben, daß nach dem Friedensschluß der Ukraine und der Zurückziehung der ukrainischen Truppen es meiner Ansicht nach nicht möglich ist, daß Rumänien sich länger gegen den Friedenswillen der Zentralmächte speert.

Zum Schluß möchte ich noch ein Wort sagen zu unserem Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn,

was gestern auch hier gestreift worden ist, und ich kann nur aufs wärmste und eindringlichste dem zustimmen, was hier gesagt worden ist. Unser Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn ist, wie ich mir erlaubt habe in den ersten Worten, die ich an diesem hohen Hause richten durfte, so sagen, der Grundstein und Eckstein unserer ganzen Diplomatie und für diese langwierigen Verhandlungen ist es doch ein Vorteil, daß es mit möglichsten ist, mit den leitenden Staatsmännern aller Verbündeten und besonders dem Grafen Czernin, lässlich und freundlich im engsten Gedankenaustausch zu stehen. Oesterreich-Ungarn hat in dem diplomatischen Kampfe und in den Verhandlungen in Vorkriegszeiten in hohem Maße auf unserer Seite gestanden und wird weiter vollkommen loyal auf unserer Seite stehen. Das mag denjenigen Herren, welche versucht haben, unsere Forderungen als zu weitgehend hinzustellen, ein Beweis dafür sein, daß diese Forderungen mit dem ernstesten und eindringlichsten Friedenswillen, der in Oesterreich-Ungarn herrscht, zu vereinbaren sind. Ich werde, solange ich die Ehre habe, an dieser Stelle zu stehen, niemals die Hand dazu bieten, daß wir eine Politik machen, welche die enge, unverbrüchliche Waffenbrüderschaft, Kameradschaft und herliche Freundschaft, die uns mit der österreichisch-ungarischen Monarchie verbindet, im geringsten gefährdet wird.

Ich habe vorher bei der Presse schon ausgeführt, was wir brauchen und worin wir Sie bitten müssen, dahin zu wirken, daß man im Auslande den Eindruck erhält, daß die

Majorsität unserer Volksvertreter geschlossen hinter der Politik steht, die der Herr Reichskanzler konsequent in Fortsetzung der ihm von seinen Vorgängern überkommenen Politik macht, und wenn es nicht unbedenklich ist, so kann ich sagen, der Anfang der gestrigen Debatte wird nicht verfehlen, im Auslande einen großen Eindruck zu machen und viel von dem zu forcieren und zu bessern, was die vorher gestreiften unerspreulichen Pressevorgänge geschadet und verborben haben könnten.

Abg. Graf Westarp:

Auch in dieser Stunde ist Kritik nötig. Wir müssen Einfluß auf die Gestaltung der Staaten haben, die künftig unsere Nachbarn sein werden. Der Schuß Österreichs und Schlesiens soll unsere vornehmliche Aufgabe sein. Vollständig unabhängige Staaten an unserer Ohrenge bieten keine Sicherheit. Inzugeben sei, daß die Politik im Osten präjudiziert ist durch die Erlasse der beiden Kaiser. Dadurch hat die Entwicklung einen Lauf genommen, der uns nicht befriedigt. Die austro-polnische Lösung muß zur Quelle erheblicher Differenzen werden. Der Weg über das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist nicht der richtige. Die politischen und militärischen Interessen Deutschlands müssen dabei in das Hinterfeld treten.

Trotz ist es mit dem Streben nach Frieden nie ernst gewesen, er strebe nur die Enstaltung einer Revolution in Deutschland und in Oesterreich an. Es war Aufgabe der deutschen Presse, auf diese Gefahren aufmerksam zu machen. Diese Kritik konnte die Stellung unserer Vertreter nur stärken, wenn auch die persönlichen Angriffe auf den Staatssekretär nicht zu billigen sind. Redner wendet sich kurz gegen die sozialdemokratische Fraktion und die sozialdemokratische Presse, die die Stellung unserer Unterhändler erheblich erschwert haben. Die Sozialdemokratie hat trotz gestützt.

Angriffe auf General Hoffmann

müßten zurückgewiesen werden. Die Internationale Korrespondenz habe mitgeteilt, daß die „Anschörungen“ auf die Bolschewiki eingewirkt hätten. Keinen Sonderfrieden zu schließen. Sie bitte um Auskunft, wie es damit stehe, denn dieses Verhalten wäre Landesverrat. Die revolutionäre Propaganda trotzts dürfe nicht auf Deutschland übergreifen. Weiteres Nachgeben seitens unserer Unterhändler sollte unterbleiben; von der sofortigen Räumung der besetzten Gebiete könne keine Rede sein. Wir wollen einen Frieden, auch mit den Bolschewiki, aber nicht einen Frieden unter allen Umständen. Doch die konservative Presse auf eine Forderung unseres Bündnisses mit Oesterreich hinzuwirken, sei nicht zutreffend, wemgleich nicht bestritten werden könne, daß von Oesterreich aus mitunter recht unerwartliche Stimmen herüberschallen. Seine Partei sei auch der Meinung, daß unser Bündnis mit der Donaumonarchie nicht erfüllt werden dürfe, nur müsse dieser Wunsch auf Gegenseitigkeit beruhen. In den Annahmungen Wilsons und Lloyd Georges sei kein ehrlicher Friedenswille zu erblicken. Redner geht dann auf die gestrigen Ausführungen des Reichskanzlers ein, mit denen er sich im allgemeinen einverstanden erklärt. Solange England an seinen Stützpunkten festhalte, könne von der Freiheit der Meere keine Rede sein. Wortvoll sei die Erklärung des Kanzlers gewesen, daß man dem Besten gegenüber freie Hand habe, aber der Kanzler hätte schon jetzt absprechen müssen, weshalb Forderungen wir im Westen stellen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß unser Interesse nicht gewahrt wird, wenn wir keinen Einfluß auf die künftige Gestaltung Belgiens haben. Es kann nach dem Kriege

kein unabhängiges Belgien

geben, deshalb muß der Schutz der Belgiern mit einer unferre Aufgabe sein. In der Frage der besetzten Gebiete Franl

reichs dürfe man nicht über zurückreden, die für uns nötigen Forderungen zu geben. Durch politische Mittel können wir nicht eher zum Frieden, als bis das Ausland weiß, daß die deutsche Regierung nicht unter dem Einfluß der Sozialdemokratie stehe. Unsere Vertreter im West sind nur Vertreter des Kaisers, nicht des Parlaments. Wilson aber will eben offenbar nur einen Frieden, wenn es gelingt, Deutschland zu demokratisieren. Die Neuerung der „Reuszeitung“, Scheidemann und Ober gehörten auf den Zauberplan, sei nicht zu billigen, aber man solle sich nicht täuschen über die Stimmung im Volke gegenüber dem Diktator von Scheidemann. Die Sozialdemokratie verführe es, mit den schwachen Drohungen ihre Ziele zu erreichen mit Drohungen, die vom Lande als eine Unerschrockenheit empfunden werden. Die Versammlungen der Vaterlandsparlei werden strengt. Wer dieses Treiben fortsetzt und begünstigt, der macht sich

des Landesverrats schuldig

und ist gerichtet für alle Zeiten. Die Mehrheit des Volkes sieht diesen Treiben völlig ablehnend gegenüber, deshalb möge man diese Drohungen unterlassen. Wir wünschen davor nicht zurück, die Regierung hoffentlich auch nicht. Gerade weil uns noch schwerere Kämpfe bevorstehen, wünschen wir eine Politik, die entschlossen ist, die militärischen Erfolge für Deutschland nutzbringend zu machen.

Abg. Freilich v. Gump könnte sich diesen Ausführungen im wesentlichen an. Der Staatssekretär solle darüber Auskunft geben, ob die oberste Deereleitung vor dem Eintritt in die Verhandlungen in West-Berlin ihre Bedingungen niedergelegt konnte. Wir müssen im Osten weitgehende Sicherungen haben, insbesondere dürfen die Wiener nicht gegenüber den Polen verhängt werden. Wenn wir alles preisgeben wollen, dann können wir den Frieden haben. Damit dürfte das deutsche Volk aber kaum einverstanden sein.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Wer mit der Hoffnung in die Verhandlungen eingetreten ist, Klarheit zu bekommen, mußte bitter enttäuscht sein. Die Stellungnahme des Kanzlers zum Frieden, bietet nicht viele Hoffnung, denn ganz offenbar hat sich die Regierung den Wünschen der Militärpartei angepaßt. Die schlimmste Beurteilung der Regierung war in der Anerkennung zu finden, die ihr Graf Westarp spendete. Unbegreiflich, daß der Kanzler sich darüber freuen konnte, nunmehr freie Hand nach dem Westen zu haben; die freie Hand soll demzufolge zur gepanzerten Faust werden. Abg. Scheidemann werde einsehen müssen, daß seine Politik nicht richtig war, denn es hat sich ein neuer Block von Jischbed bis Westarp

gebildet. Das Czernin in Wien gesagt hat, steht zum Teil in direktem Gegensatz zu den Ansichten des Kanzlers, denn Czernin erklärt in den Vorkriegszeiten den Ausgangspunkt für eine Aussprache. Es ist sehr zu bedauern, daß Staatssekretär v. Kühlmann nicht den gleichen Standpunkt eingenommen hat. Hoffentlich führt ein Meinungs- und Austausch zwischen Oesterreich und Amerika bald zu einem Resultat. Das Hauptbedenken daran gebührt aber den Arbeitern Oesterreichs und Ungarns, die durch die Tat bewiesen haben, daß sie dem Gemeinwohl nicht mehr ruhig zusehen wollen. Davon kann keine Rede sein, daß die Parlamente schweigen sollen, solange die Friedensverhandlungen laufen. Die Art, wie von den Staatsmännern das Selbstbestimmungsrecht der Völker ausgelegt wird, entspricht nicht unserer Auffassung. Die Bolschewiki haben vom ersten Moment an eine konsequente Politik verfolgt. Sie sind eingetreten für den allgemeinen Frieden und als die Entente ablehnte, haben sie ganz folgerichtig mit Deutschland verhandelt. Die Angaben der Internationalen Korrespondenz waren eine halloze Denunziation. Trotz! hat aber meine volle Zustimmung zu seiner Auffassung vom Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wenn die deutsche Regierung auf diesen Boden tritt, dann können die Bolschewiki auf einen Separatfrieden mit Deutschland eingehen. Der Standpunkt Trotz! ist richtig, daß die Kurländer, Litauer und in einem Volksreferendum über ihr Schicksal entscheiden sollen. Die in Riga zustande gekommene Kundgebung zur Errichtung eines baltischen Staates stand völlig

unter dem Einfluß des Oberbefehlshabers.

der der Versammlung vorzuziehen, welchen Vorläuf sie für ihre Eingabe zu wählen habe. Das nennt man dann eine provisorische Willensklärung des Volkes! Die luitländische Volksvertretung steht auf dem Boden des mecklenburgischen Landtages, daraus kann man auf den Wert der Entscheidungen einer solchen Körperschaft Schlüsse ziehen. Es war ein schwerer Fehler, daß die beiden Kaiser die Wiederherstellung des Königreichs Polen dekretierten, man hätte es dem polnischen Volk überlassen sollen, seine künftige Staatsform zu bestimmen. Man setzt jetzt die ganze Hoffnung auf die Offensive im Westen, die ungeheure Opfer an Menschen erfordern würde. Diese Opfer würden alles überwiegen, was an Vorteilen erzielt werden könnte. Aufgabe des Proletariats wird es sein, dem Gemeinwohl ein Ende zu machen und den Frieden herbeizuführen.

Abg. Seuda: Die Ausführungen des Vorredners über das Spiel mit den Volkskundgebungen in Rußland und Litauen sind zutreffend. Die Juteilung der Stadt Wilna zu Litauen ist unbedenklich, da der größte Teil der Einwohner Polen sind. Westarp worden nicht auch Vertreter der Polen zu den Verhandlungen in West-Berlin? Einspruch muß ferner dagegen erhoben werden, daß polnische Gebiet an die Ukraine abgetreten werden soll.

Abg. Erzberger wendet sich gegen die Behauptung Ledebours, daß ein Block von Jischbed bis Westarp sich gebildet habe. Der Kanzler stütze sich auf die Mehrheitsparteien, daran hat sich nichts geändert und wird sich vermutlich nichts ändern, denn Graf Westarp steht in wesentlichen Punkten im Gegensatz zum Kanzler. Der Zwischenfall in West-Berlin ist in seiner Bedeutung überschätzt worden. Bismarck hat schon von den

„Halbstümmern im Generalstab“

gesprochen, der Reichstag wird darauf sehen müssen, daß die Militär in dem ihnen zugewiesenen Rahmen bleiben. In West-Berlin ist nicht dagegen gesagt worden. Der Kaiser hat das Recht, Frieden zu schließen, die Verträge aber bedürfen der Genehmigung des Reichstags. Deshalb hat der Reichstag die Pflicht, den Verhandlungen genau zu folgen. Das Recht der Mitbestimmung kann man dem Reichstag nicht bestreiten. Seit dem Juli 1917 hat sich die Lage gewiß verändert, indem eine militärische Beziehung zu unseren Gunsten eingetreten ist. Aber Italien ist nicht zusammengebrochen, im Gegenteil, die Regierung steht fester als je. Auf den U-Boottkrieg übergehend bemerkt der Redner, daß die Aufstellung des Admiralstabes sich der des Reichstages genähert habe. Der Frieden kann

nur ein Friede der Verständigung

sein. Eigentlich war es nur Graf Westarp, der Annexionen im Osten das Wort geredet hat. Bismarck hat es bereits 1890 für verwerflich erklärt, wenn Deutschland über Romel hinausgehen wollte. Wollte hat denselben Standpunkt vertreten. Annexionen im Osten würden uns ins Unglück führen. Es bleibt nur die Befestigung zum Selbstbestimmungsrecht der Völker. Das polnische Problem könne niemals reiflos gelöst werden. Im Rußland kann aber Polen nicht wieder zurückfallen, sonst haben wir wieder die lange deutsch-russische Grenze. Kritik die austro-polnische Lösung ein, dann müssen wir uns vor den Folgen schützen, am besten durch Gleichberechtigung der Polen in Preußen. Mit Osmarkepolitik erwirkt man keine Sympathien. Wenn das richtig ist, was Abg. Ledebour über Riga gesagt hat, dann soll man sich nicht weiter auf solche Beschüsse stützen. Die jetzt vorhandenen Körperschaften aber gar nicht anerkennen, gehe auch nicht an, sonst dürfte man auch mit Lenin und Trotz! nicht verhandeln, weil sie von der Konstantine keine Vollmachten haben. In Litauen haben Wahlrecht gefunden, aus denen 250 Vertrauensmänner hervorgingen, die dann einen Landesrat einsetzten, der auch von den Emigranten anerkannt worden ist. Er ist also eine legale Vertretung, genau so wie der polnische Regentenschaftsrat. Wenn der Reichstag diese Körperschaften als Vertretungen anerkennt, dann führt man

damit unsere Unterhändler in West-Berlin. Durch Wilsons Vorschlag sind die Friedensbedingungen wieder in Fluß gekommen, eine Ausbesserung kann sich verzeichnen, die Verständigung kann aber nur das Resultat der Verhandlungen sein. Die neutrale Presse beurteilt die Rolle Wilsons als ernsthaften Schritt zum Frieden. Die Friedensbedingungen könnten gefördert werden, wenn Deutschland positiv erklären würde, die Unabhängigkeit Belgiens wieder herzustellen. An den Tatsachen komme man aber nicht vorbei, daß das Verhalten der alldeutschen Presse nicht gerade zur Festigung unseres Bündnisses mit Oesterreich beitragen kann.

Die Weiterberatung wurde auf Sonnabend, vormittags 10 Uhr, vertagt. Seiner Redner ist Abg. Dr. David.

Gewerkschaftsbewegung

Lohnbewegung der Tapezierer.

Mitte Dezember hatten die Tapezierer Berlin beschlossen, für die Erneuerung des von ihnen geuligten Tarifs folgende Forderungen zu stellen: Wöchentliche Arbeitszeit 48 Stunden, Durchschnittslohn für Gehilfen 1,75 M., für Arbeiterinnen 0,80 M., Auf alle vor dem 15. Dezember gezahlten Stundenlöhne ein Zuschlag von 30 Pf. für Gehilfen, 10 Pf. für Arbeiterinnen. Alle unter dem Durchschnitt stehenden Löhne sind innerhalb dreier Monate mindestens auf den Durchschnittslohn zu erhöhen. Alle vor dem 15. Dezember gezahlten Akkordlöhne erhalten eine mindestens dem Durchschnittslohn entsprechende Erhöhung, die höheren Sätze werden entsprechend höher aufgeschuffert. Für die Arbeiter sollen dieselben Bedingungen gelten. Alle im bisherigen Tarif festgesetzten Spesen werden verdoppelt.

Die Organisationsleitung hat über diese Forderungen mit dem Arbeitgeberverband und der Junger verhandelt. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen berichtet jetzt die Presse am Donnerstag in der Generalversammlung der Tapezierer: Während der Verlauf der ersten Verhandlung hoffen wir, daß es zu einer Verständigung mit den Arbeitgebern kommen würde, ist diese Hoffnung in der zweiten Verhandlung mit den Vertretern der Arbeitgeber vereitelt worden. Sie lehnen die 48stündige Arbeitszeit ab, wollen also die 48stündige bestehen lassen. Abgelehnt wird auch der Durchschnittslohn von 1,75 M. sowie die Zulage von 20 bzw. 10 Pf. zu den Stundenlöhnen. Alles, was die Arbeitgeber zugehen wollen, ist folgendes: Ein Teuerungszuschlag von 100 Proz. auf den Tariflohn vom 15. April 1911 und die Spesenätze. Erhöhung der tariflichen Akkordlöhne um 80 Proz.

Da der tarifliche Stundenlohn 75 Pf. beträgt, so würde er sich durch das Angebot der Arbeitgeber auf 1,50 M. erhöhen. Das würde aber in Wirklichkeit gar keine Lohnverhöhung bedeuten, denn der Tariflohn ist inzwischen durch öftere Zulagen, die allerdings nicht im Tarif festgelegt worden sind, soweit gestiegen, daß ein Durchschnittslohn von 1,50 M. jetzt im allgemeinen die Regel bildet. Dasselbe gilt für die Akkordlöhne. Das Angebot der Arbeitgeber würde also die Lage der Arbeitnehmer in keiner Weise verbessern, deshalb empfiehlt die Organisationsleitung das Angebot abzulehnen.

In der Diskussion kam zunächst die Meinung zum Ausdruck, man solle auf jede weitere Verhandlung verzichten und ohne Tarif arbeiten. Nachdem dann einige Redner für Fortsetzung der Verhandlungen gesprochen hatten, lehnte die Versammlung das Angebot der Arbeitgeber einstimmig ab und beschloß, eine Fortsetzung der Verhandlung auf Grund der Forderungen zu versuchen.

In der Generalversammlung der Filiale Groß-Berlin des Verbandes der Gemeinde- und Stadtarbeiter erstattete zunächst der Kassierer Hoffmann den Rapport über das IV. Quartal 1917. Die Einnahmen der Hauptkassen betragen 27 428 M., die der Nebenkassen 19 200 M. An Unterstützungen sind zu Lasten der Hauptkasse 2570 M. für Sterbunterstützung, 6201,50 M. für Krankenunterstützung und 68,50 M. für Arbeitslosenunterstützung gezahlt worden. Aus der Nebenkasse sind für Unterstützungen insgesamt 2760,55 M. verausgabt worden. Die Gesamtausgaben der Kassen betragen 18 485,08 M. Der Kassenbestand betrug am Schluß des Quartals 51 400,83 M.

Der Geschäftsbereich erstattete der Bevollmächtigte Mäntner. Als abgeschlossen ist die Bewegung um Erhöhung der Kriegslohnzulagen in den städtischen Gewerkschaften zu betrachten. Die mit der Direktion der Gaswerke getroffene Vereinbarung habe beim Aufsichtsrat Zustimmung gefunden, was die bestimmte Schlussfolgerung zulasse, daß auch der Magistrat dem Beitreten werde. Ab 1. Januar d. J. sollen den Arbeitern 10 Pf. und ab 1. März weitere 5 Pf. pro Stunde als Zulage gewährt werden. In den Wasserwerken, der Kanalisation und den Krankenanstalten sind die Bewegungen gleichfalls zum Abschluß gebracht. In der Strohhallen, den städtischen Elektrizitätswerken, der Parkverwaltung und den Parksallen sind weitere Forderungen um Erhöhung der Kriegslohnzulagen gestellt. Dasselbe gilt von den Vororten. In Charlottenburg ist die Bewegung durch das Zugeständnis des Magistrats, wonach ab 1. Januar d. J. eine Erhöhung um 15 Pf. pro Stunde stattgefunden, abgeschlossen. Schönberg, Neulöhne stehen in der Bewegung. Trotz der öffentlichen Erklärung des Magistrats, welche die Organisation der Arbeiter als deren Vertretung anerkennt, fällt es der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke schwer, sich danach zu richten. Bei den zuständigen Magistratsstellen ist gegen die Auffassung der Direktion Einspruch erhoben und es steht zu erwarten, daß auch diese städtische Betriebsleitung zu einer anderen Stellungnahme gegen unsere Organisation sich bequemen wird. Mit dem 1. April beginnt der neueröffnete Arbeitsnachweis für städtische Arbeiter seine Wirksamkeit. Der überwachende Ausschuss setzt sich aus 7 Vertretern des Magistrats und 7 Vertretern der städtischen Arbeiter zusammen, die Organisationen erhalten darin zwei Vertreter, einen für die freien Gewerkschaften und einen der Filial-Vereine. Mäntner erläuterte dann noch die Auslegung der Gesetzesbestimmungen über die Verteuerung der Zeugnungs- bzw. Kriegslohnzulagen. Nach verschiedenen Urteilen sind die Zeugnungs- und Kriegslohnzulagen bei städtischen Arbeitern steuerfrei. In einigen städtischen Betrieben sei bei der Veranlagung zur Steuer bereits danach verfahren worden.

Die Reuewahl der Ortsverwaltung fand durch Wiederwahl der alten Funktionäre ihre Erledigung. An der Wahl zum Vorstand über die Beitragsverhöhung beteiligten sich von 5718 Wahlberechtigten 4396 = 76,7 Proz. Für die Beitragsverhöhung stimmten 3570 Mitglieder = 82,4 Proz., dagegen nur 764 oder 17,6 Proz. Das Resultat der Abstimmung ist ein überaus erfreuliches; die Mitglieder haben damit ihren Willen, die Organisationsleitung zu stärken, um für die kommenden Winterkämpfe gerüstet zu sein, in wirksamster Weise bekundet.

Zur Frage der Erhöhung der laufenden Kriegslohnzulagen soll in einer am 29. Januar abends 8½ Uhr in den Germania-Bräuhallen stattfindenden Mitgliederversammlung der Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände Stellung genommen werden. Referent ist der Vorsitzende der Interessengemeinschaft Generalsekretär Reumers-Berlin.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiter-Jugendheim Berlin. Jeden 3. Sonntag Wanderung nach Sandhagen bei Tegel. Treffpunkt 6.20 Uhr morgens. Elektrischer Sportplatz, Jagdweg 50 M. Abends 8 Uhr: Vortrag des Genossen Pittner: Gegenwärtige Lage in Rußland und Ostpreußen. — Am Dienstag: Spiel- und Reigenabend. — Am Freitag: Diskussionsabend.

Schöneberg. Arbeiter-Jugend. Morgen Sonntag: Gesellschaftsversammlung. Anfang 6 Uhr. — Mittwoch: Spielabend. Anfang 8 Uhr. — Donnerstag: Tanzabend. Anfang 8 Uhr. — Die Veranstaltungen finden regelmäßig bei Lehmann, Schönewald 53, statt. Zahlmännchen.

Verantwortlich für Inhalt: Erich Kettner, Berlin; für den Druck: Carl Schick, Berlin; für den Vertrieb: Carl Schick, Berlin; für den Vertrieb: Carl Schick, Berlin; für den Vertrieb: Carl Schick, Berlin.

Die Friedensrede Czernins.

In seiner Delegationsrede führte Graf Czernin aus, zu Optimismus läge in Brest-Litowsk kein Anlaß vor, obwohl man mit zwei sehr großen Schwierigkeiten zu tun habe.

Die beiden Ukrainain.

Die erste sei das Bewusstsein verschiedener russischer Reiche, deren Land- und Kompetenzengrenzen noch nicht festgelegt seien: Rußland, Ukraine, Finnland und Kaukasus. Die Ukraine habe sich zu selbständigen Verhandlungen berechtigt, was jedoch die russische Delegation bestreite.

Der Redner verliest zwei lange Telegramme aus Brest-Litowsk. Sie enthalten ein Schreiben Joffes, worin dieser die Vertreter der Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Republik, Schandrat und Medwedjew, als bevollmächtigte Unterhändler der Ukraine legitimiert.

Im Namen der ganzen russischen Föderation aufzutreten. Die Delegation der ukrainischen Arbeiter- und Bauernregierung werde zusammen mit der allrussischen Delegation und in voller Übereinstimmung mit dieser auftreten.

Polen.

Was Polen betrifft, dessen Grenzen übrigens noch nicht genau fixiert sind, so wollen wir gar nichts von diesem neuen Staat. Drei und unheimlich ist das Polens Bevölkerung ihr eigenes Schicksal wählen. Ich lege dabei meinerseits gar keinen besonderen Wert auf die Form des diesbezüglichen Volkswortums.

Da habe Deutschland auf dem berechtigten Standpunkt, daß die Willensäußerungen der bestehenden Korporationen als provisorische Basis zu gelten hätten, die nachher durch ein Volkswortum auf besserer Basis zu überprüfen sei.

Töchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Viebig. Mit ihrer Mutter konnte Lili nicht so über den Toten sprechen, wie sie an ihn dachte. Ihr war, als erschiene dann ein Zug auf der Mutter Gesicht, ein Zug, den sie sich deutete: Abwehr.

sprach dabei den Wunsch aus, Wilson möge Italien und die feindlichen Balkanstaaten zur Bekämpfung ihrer Kriegsziele veranlassen. Was Polen betreffe, so ist es ein offenes Geheimnis, daß wir Anhänger des Gedankens sind, es möge ein unabhängiger polnischer Staat, der die zweifelslos von polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete einschließen müßte, errichtet werden.

Czernin stellte dann, wie schon gestern gemeldet, eine weitgehende Übereinstimmung mit Amerika fest und regte eine verbindliche Aussprache zwischen ihm und Oesterreich-Ungarn an.

Der Minister kam dann nochmals auf Brest-Litowsk zurück, wobei er den Frieden mit der Ukraine für den weitaus wichtigsten erklärte, da dieses Lebensmittel zu exportieren habe, während Nordrussland nichts anderes ausführen könnte als Revolution und Anarchie.

Dann kam der Minister auf die österreichischen Streitigkeiten zu sprechen und behauptete, die Behauptungen, die Regierung stünde dem Streik nicht ferner als Verleumder oder Narren.

Der Minister stellte dann an die österreichische Delegation die Vertrauensfrage: Entweder Sie haben das Vertrauen zu mir, die Friedensverhandlungen weiter zu führen, dann müssen Sie mir helfen, oder Sie haben es nicht, dann müssen Sie mich stürzen. Ein Drittes gebe es nicht!

Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Die Ausschußberatung der Herrenhausvorlage.

Die Wahlrechtsreform eilt nicht.

Die Verfassungskommission des Abgeordnetenhauses läßt sich Zeit. Nachdem sie am Freitag nach achttägiger Pause ihre Arbeiten wieder aufgenommen hat, wird sie sich bereits am Sonnabend wieder von ihren Ansirungen ausruhen und in Zukunft höchstens an vier Tagen in der Woche arbeiten, vorausgesetzt, daß nicht auch dann noch die eine oder andere Sitzung ausfällt.

Der Entwurf über die Zusammensetzung des Herrenhauses ist so recht geeignet, alle möglichen Abänderungsanträge zu stellen und zahllose Fragen aufzuwerfen, über die man sich in langen theoretischen staatsrechtlichen Betrachtungen ergehen kann. Ob das königliche Recht der Berufung, falls wir einmal eine parlamentarische Regierung haben, noch unbedenklich beibehalten werden kann, ob der jeweilige Thronfolger eo ipso dem Herrenhause angehören soll oder ob er dazu der Berufung durch den König bedarf, ob der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen, der durchaus nicht preussischer Gesetzgeber sein will, mit Gewalt zur Einnahme eines Sitzes im Herrenhause gezwungen werden soll, ob man dies sonderbare Gebilde besser Herrenhaus oder Erste Kammer oder Ständekammer nennt.

Zu der am Freitag begonnenen Beratung der Herrenhausvorlage durch den Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses lagen bereits zahlreiche Anträge vor. Unter anderem hat das sozialdemokratische Ausschußmitglied beantragt, daß dem Herrenhause auf Grund von Präsentation auf 12 Jahre angehören sollen 111 Arbeiter.

Die Präsentationskammer sollen die Arbeitskammern sein. Bis zum Erlaß eines Arbeitskammergesetzes sollen die Vertreter der Versicherungen bei den Oberverwaltungsämtern eines jeden der 36 Regierungsbezirke sowie der Stadt Berlin je 3 Mitglieder präsentieren. Die Fortschrittler beantragen eine Entschädigung, die die Regierung erwidert, beim Bundesrat auf die kaiserliche Vorlegung eines Reichsarbeitskammergesetzes hinzuwirken.

weiße Kaninchen, herrliche Tiere mit langen seidigen Haaren, kamen gleich heran, drückten den Kopf mit den zartrosa Ohren zu Boden und wackelten geliebtest sein. Wer hätte gedacht, daß die rauhe Hand so sanft streicheln könnte!

Die wollen immer gekraut sein, da lassen sie Kartoffeln und Grünes vor stehen, sagte die Krüger; es war wie Zärtlichkeit in ihrer Stimme. Mein Gustav hat immer Kaninchen gehabt, als er noch 'n Junge war. Die hat er so gerne!

Schneeweißchen und Rosenrot! Die junge Frau nickte; die kannte sie noch aus dem Märchen her. Als sie ein Kind war. Wie wunderbar war das gewesen, wenn sie an solch kaltem Abend wie heute im warmen Kinderzimmer saß auf dem kleinen Stuhl und die Mutter ihr vorlas! Schneeweißchen und Rosenrot, das alte deutsche Märchen. Sie lächelte, es zog ihr hold durch den Sinn. Unwillkürlich lockte es sie, auch sie mußte die Hand austrecken und die Tiere streicheln. Wohlwendig warm strömte es von dem seidigen Fell in ihre kalten Finger. Schneeweißchen und Rosenrot hielten ganz still, ihre roten Augen blinzelten nicht. Verzauberte Tiere — was die wohl dachten?

Lili neigte den Kopf und legte ihre Wange auf das weiche Fell. Schneeweißchen und Rosenrot — nun war sie wieder im Kinderland, da gab es kein Leid, das über Sonnenuntergang währte, keinen unauslöschlichen Kummer.

VII.

Das hätte Hedwig Bertholdi nicht zu hoffen gewagt, daß beide Söhne zusammen auf Urlaub kommen würden. Es war fast zwiel des Glücks nach langem Entbehren, sie war ganz überwältigt. Als Heinz ihr von Frankfurt am Main telegraphierte: „Bin auf dem Weg zu Dir!“ jubelte sie laut; aber als nun auch von Rudolf ein Brief eintraf: „Nach den letzten schweren Kämpfen bekommen wir Erholungsurlaub, vielleicht doch ich zu gleicher Zeit mit diesem Briefe da bin,“ sing sie an zu weinen.

Mit der ungeduldigen Sehnsucht einer Braut küßte sie für die Söhne. Ihre alten Zimmer sollten sie wiederhaben; es tat ihr leid, daß sie nicht von Grund auf alles darin neu und schöner herrichten lassen konnte, aber dazu war jetzt nicht die Zeit. Sie mußte sich begnügen, alles hürsten und waschen, die Wände absegen, die Bücher austauschen zu lassen. Es kam ihr so manches Erinnerung dabei; sie hatte sich vordem

haus zu berufen. Ein konsequenter Antrag will das Herrenhaus Erste Kammer nennen und ein weiterer konservativer Antrag dem jeweiligen Thronfolger von Preußen nach erreichter Volljährigkeit die Mitgliedschaft im Herrenhause auch dann geben, wenn der König ihn nicht besonders beruft.

Minister des Innern Dr. Druns führte aus, man könne nicht allen Berufen und Interessengruppen, die im Wirtschaftsleben eine Rolle spielen, ein gleiches Recht auf Vertretung im Herrenhause geben; für gerechte Vertretung der Interessengruppen werde die königliche Berufung zu sorgen haben. Rechtsansprüche der früheren reichständischen Fürsten und der anderen heute erblichen Mitglieder auf Sitz im Herrenhause erkenne die Regierung nicht an. Erbliche Mitglieder entsprächen nicht dem Zug der Zeit; wenn auch ihre Bedeutung anerkannt werde, so könnten doch nur die Tüchtigsten ausgewählt werden. Wie bei der Wahlrechtsvorlage, so ist die Regierung auch hier bereit, Anträgen beizutreten, die sich im Rahmen des Gesetzes halten. Den Kronprinzen kann der König schon jetzt berufen, er hat es aber nie getan. Der Kronprinz soll mit dem politischen Leben Fühlung erlangen, einen besseren Ort dazu als das Herrenhaus gibt es nicht, und der König wolle in Zukunft möglichst viele königliche Prinzen berufen.

Ein konservativer Abgeordneter meint, die politische Notwendigkeit des Herrenhauses werde von keiner Seite bestritten. Wenn das Herrenhaus ein Hemmschuh sei, so habe doch ein Hemmschuh immer etwas Gutes. Zwar haben die erblichen Mitglieder keinen Anspruch, aber es ist doch außerordentlich schön für sie,

zum alten Eisen geworfen

zu werden, und noch schmerzlicher für die um Krone und Stool verdienstvollen Familien, nun auf die Zufälligkeiten einer Wahl verwiesen zu werden. Den Konservativen fällt es nicht leicht, dem zuzustimmen. Der Redner beantragt für sich allein, daß die Inhaber der vier großen Landesämter in Preußen weiter Mitglieder des Herrenhauses bleiben sollen. Solange wir keine parlamentarische Regierung haben, braucht man dem Kronprinzen keine Sonderstellung einzuräumen, wir müssen und aber auf das schlimmste gefaßt machen, und es könnte vorkommen, daß ein bei der Regierung nicht beliebter Thronfolger nicht ins Herrenhaus berufen wird. Der Antrag bedeutet kein Mißtrauen gegen die Krone. Aber zu einer Staatsregierung, deren Zusammensetzung wir gar nicht kennen, haben wir dieses Vertrauen nicht.

Ein Fortschrittler erklärt die Annahme des Vordrängers, daß der Ausschuß einmütig die Notwendigkeit einer ersten Kammer bejahe, für willkürlich. Wenn das Herrenhaus auf berufsbasischer Grundlage errichtet werden soll, dann muß dies auch konsequent geschehen und die Zusammensetzung müsse der modernen Gliederung des Staates entsprechen. Dürfe aber nicht Vorrechte beibehalten, die ihren Grund lediglich in der Vergangenheit und in überwundenen Verhältnissen haben.

Das sozialdemokratische Ausschußmitglied wendet sich gleichfalls gegen das Zweikammersystem. Ebenso gut wie man im Reiche mit einer Kammer auskommen müsse, wird das auch in Preußen möglich sein. Dem Antrag, dem Kronprinzen ein Recht auf einen Sitz im Herrenhause einzuräumen, widerspricht er. Ganz besonders wendet er sich gegen die vom Antragsteller gegebene Begründung, denn im Herrenhause könne der Kronprinz die Stimme des Volkes niemals kennen lernen, weil das Herrenhaus auch in der neuen Zusammensetzung das Gegenteil von den Stimmungen im Volke darstellen werde.

Ein Zentrumredner meint, man könnte das Herrenhaus als Ständekammer bezeichnen. Am Besten und an der Ausgestaltung des Herrenhauses hält das Zentrum fest. Alle Stände und Berufsgruppen müssen entsprechend vertreten sein. Zu der Frage, ob der Kronprinz der ersten Kammer angehören muß, werden wir noch Stellung nehmen.

Ein Fortschrittler setzt sich für das Zweikammersystem ein.

Der Ausschuß beschließt, an den ersten vier Tagen jeder Woche zu berufen, jedoch auf wichtige Sitzungen des Staatsratsauschusses Rücksicht zu nehmen, insbesondere, wenn dort dieselben Regierungsvertreter wie im Verfassungsausschuß amvordend sein müssen.

Ein Nationalliberaler verlangt Einschränkung der Berufung aus königlichem Vertrauen, um Maß zu machen für die zahlreichen anderen Berufsstände, die auf Berufung ihrer Vertreter Anspruch erheben. Er beschließt, daß

unter einem parlamentarischen Ministerium

in einer Konfliktzeit gegen die Mehrheit der zweiten Kammer nicht regiert werden könnte, daß dann die Berufung ins Herrenhaus nach politischen Gesichtspunkten erfolgen und die Vorschläge der Präsentationskörper nicht beachtet werden wür-

nie entschließen können, in diesen Zimmern zu räumen. Sie hatte sie verschlossen gehalten wie ein Heiligtum. Nun lagen da die Schubfächer, die Auffahrsche, die ersten Liebesbriefe an irgen einen Bäckfisch. So mitten heraus waren die Söhne fortgegangen, die Schubfächer waren nicht zugeschlossen, die Sachen nicht geordnet. Da noch die Reithandschuhe von Heinz, auf seinem Schreibtisch allerhand Photographien — er liebte es, sich Bilder schöner Frauen aufzustellen. Da die Schüllermappe von Rudolf — noch steckten die Klaffter darin und die letzte schriftliche Arbeit.

Was sie vordem nicht gewagt hatte anzurühren — wie die Hinterlassenschaft teurer Verstorbener war es ihr vorgekommen — das ordnete sie nun mit Lächeln. Ihre Söhne kamen ja zurück, heil und gesund, wenige Stunden vielleicht nur noch, und sie waren wieder hier in ihren alten Zimmern, die beiden Jungen, die das Haus mit Gepolter erfüllten, mit soviel fröhlichem Leben. Rasch, nur rasch! Was war denn mit dem Mädchen, der Emilie? Die kam ja gar nicht von der Stelle und machte alles verkehrt.

Emilie wuschte sich heimliche Tränen ab. Die sonst so klanken Augen waren trüb. Frau Bertholdi wachte, das Mädchen hatte einen Liebsten draußen: war dem etwas zugestoßen?

Die junge hübsche Person konnte vor Tränen kaum sprechen, bei der Frage der Herrin strömten sie ihr unaussprechlich über Gesicht: „Nein, er ist gesund — aber da ist eine — eine in Belgien hinten — da, wo er so lange im Quartier gelegen hat — und die, die — ach, gnädige Frau!“ Sie hielt sich das Staudtuch vors Gesicht und schluchzte trampfhaft. Es schüttelte ihren ganzen Körper.

Es bedurfte längeren Zuredens, um etwas aus ihr herauszubekommen. Sie wollte sich gern ausdrücken, und doch war da wiederum etwas, was ihr den Atem verstopfte. Endlich gestand sie: ihr Bräutigam hatte sich mit der Belgierin eingelassen, nun erwartete die ein Kind von ihm; heute morgen hatte er's seiner Braut nach Hause geschrieben. „Er weiß ja nun auch nicht, was er machen soll, er ist doch 'n ehrlicher Mensch. Und ich — ich —?“ Emilie rang die Hände. „Was soll ich nun machen?“

Frau Bertholdi war bestürzt: Emilie war doch nicht etwa — ?!

(Fortf. folgt.)

den. Eine geringe Mehrheit konnte alsdann eine große Mehrheit einfluss unterdrücken.

Minister des Innern Dr. Drews führte die Beibehaltung der künftigen Berufung anstatt der Einführung der Wahl durch Präsenztationskörper auf historische Gründe, auf die Stellung und auf Wünsche des Herrenhauses zurück. Einen Regierungsakt, unter dem der Name des Königs steht, wird sich jeder Minister doppelt überlegen und hierbei doppelt vorsichtig und zurückhaltend verhalten. Das gilt besonders für parlamentarische Minister. So wenig wie bisher, so wenig wird dann die Wahl der Präsenztationskörper unbestätigt bleiben.

Ein Votenspartei beschränkt, daß das Herrenhaus der geeignete Boden sei, um den Kronprinzen in die Politik einzuführen.

Ein Konservativer bespricht den Fall Kapp und meint, es könnte in Zukunft noch öfter vorkommen, daß jemand aus politischen Gründen nicht berufen werde.

Vizepräsident Dr. Friedberg: Eine Nichtbestätigung ist etwas ganz anderes als eine Nichtberufung. Die Abschaffung des Berufungsrechts würde das Zustandekommen der Vorlage gefährden. Ein demokratisches Wahlrecht muß nicht unbedingt zur parlamentarischen Regierung führen. Aber auch keine parlamentarische Regierung würde, ohne sich selber zu schaden, dem König empfehlen können, einen Präsentierten nicht zu berufen.

Das sozialdemokratische Ausschussmitglied wendet sich abermals gegen den Kronprinzen-Antrag. Will der Kronprinz am parlamentarischen Leben teilnehmen, so legt ihm ja das Gesetz nichts in den Weg, sich zur Wahl zu stellen. (Heiterkeit.)

Ein Nationalliberaler erwidert dem Sozialdemokraten, daß das neue Herrenhaus alle Bevölkerungskreise vertreten werde. Auf konservativen Wunsch wird die Abstimmung über § 1 und die dazugehörigen Anträge ausgesetzt.

§ 2 zählt die lebenslänglichen Mitglieder des Herrenhauses auf. Ein fortgeschrittener Antrag will ihre Mitgliedschaft auf 12 Jahre begrenzen. Ein Zentrumsantrag will außer den vom König bestimmten Prinzen auch den Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen und die Häupter der zur Standhaftigkeit berechtigten normalen Reichsländlichen Häuser zu lebenslänglichen Mitgliedern machen.

Weiterberufung: Montag nachmittag.

Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Zwei Gesellschaften, mit deren fräftigem Ausdehnungsbestreben wir uns in der letzten Zeit öfters zu befassen hatten, die Hirsch-Kupfer-Werke und die Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft, treten mit neuen Projekten vor die Öffentlichkeit. Die Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft, die bereits an den Kossiger Braunkohlenwerken und den Regler Kohlenwerken beteiligt ist, will vom bayerischen Staate Kohlenfelder am Bauersberg in der Rhön kaufen, wo zum Vergasen brauchbare Braunkohlen vorhanden sein sollen. Außerdem ist der Erwerb der Ramsdorfer Braunkohlenwerke von der Firma J. Pötschel in Aussicht geplant. Zur Vergasung eignen sich auch minderwertige Braunkohlen, die für die Verfeuerung nicht mehr in Frage kommen.

Die Hirsch-Kupfer-Werke gründen gemeinsam mit der Bayerischen Hypothek- und Wechselbank in München und der Aktien-Gesellschaft Kraft-Werke Kroschmal eine neue Aktiengesellschaft in München unter der Firma Donau-Tiegelwerke Aktien-Gesellschaft.

Die Ferdinand Bendig Söhne A.-G. für Holzbearbeitung beschäftigen eine Reorganisation ihres Berliner Werkes.

Die Deutsche Bierbrauerei A.-G. in Berlin zahlt 8 Proz. Dividende. Der Abschluß einer Interessengemeinschaft mit dem Münchener Brauhaus ist noch in der Schwebe.

Die Vereinigte Kammerich, Veier u. Schaeuergsche Werke A.-G., die im laufenden Geschäftsjahr sehr gut gearbeitet hat, glaubt die Ueberführung der noch in Wittenau arbeitenden Betriebe in die neue in flotten Gang befindliche Fabrik in Braubede bei Welschdorf bis zum März durchzuführen zu können, so daß die Flegelis-Aktiengesellschaft als Pächterin die Wittenauer Fabrikanlagen voll in Benutzung nehmen kann.

Niesentriegelgewinne.

Im ersten Semester des laufenden Geschäftsjahres erzielte nach der „National-Ztg.“ die Bismarckhütte A.-G. einen Betriebsergebnis in Höhe von 15-Mil. Mark einschließlich des 8-Mil. Mark betragenden Ueberschusses der Westfälischen Stahlwerke. Die Gewinnaussichten für das zweite Halbjahr sind zum mindesten nicht weniger günstig. Das Aktienkapital beträgt 22 Mil. Mark!

Groß-Berlin

Preussischer Städtetag und Wohnungsnot.

Der Vorstand des Preussischen Städtetages hat mit umfangreicher Begründung eine Eingabe über die Wohnungsbeschaffung nach dem Kriege an den Minister des Innern gerichtet, deren Wortlaut demnach in der „Preussischen Verwaltungsblatt“ veröffentlicht wird. Die Eingabe behandelt zwei hauptfachliche Gesichtspunkte, nämlich erstens die Bereinstellung von Geld und Land zum Bauen und zweitens die Beschaffung von Arbeitskräften und Baustoffen. Nach der letzteren Richtung wird darauf hingewiesen, daß ohne ein organisatorisches Eingreifen des Reiches genau die gleichen Zustände entstehen würden, wie im Anfang des Krieges bei der Lebensmittelbeschaffung. Nicht nur die Baustoffe, die in der Heimat neu hergestellt werden, kommen für eine Regelung in Betracht, sondern ebenso das reiche Material der Heeresverwaltung. Auch auf Ueberlassung von Baracken der Heeresverwaltung wird großes Gewicht gelegt, obwohl andererseits betont wird, daß eine Unterbringung in Baracken natürlich nur bei erster Not und nur ganz vorübergehend ins Auge gefaßt werden könne. Was die Bereinstellung von Land und Geld anbelangt, so weist der Städtetag darauf hin, daß alle Bereitwilligkeit der Städte und auch Industrieller, genossenschaftlicher oder gemeinschaftlicher Unternehmungen zur Herbeischaffung der nötigen Geldmittel nicht ausreichen, sondern daß hier Reich oder Staat helfen müssen. Diese Hilfe müsse durch Ergabe von Baugeld und Hypotheken zu einem Zinsfuß erfolgen, der erheblich unter dem privatwirtschaftlichen Zinsfuß liegt. Denn ohne dem würden in den Häusern der Uebergangzeit die Mieter übermäßig hoch angelegt werden; das würde ein Nachfolgen der Mieten in den alten Häusern über das etwa begründete Maß hinaus und ein Steigen der Geländewerte bedeuten, damit aber eine nennenswerte dauernde Verteuerung des Wohnens.

Hauptversammlung der Brandenburgischen Landwirtschaftskammer.

Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg trat gestern mittig in Sitzungssaal des Landeshauses unter sehr großer Beteiligung zu ihrer 25. Hauptversammlung zusammen. Als Vertreter der Staatsregierung wohnte ihr Oberpräsident v. Loebell bei. Der Vorsitzende, Graf v. d. Schulenburg wies in seiner einleitenden Ansprache darauf hin, daß gerade jetzt Stadt und Land sich in einem größeren Verständnis begegnen sollten. Der Landwirt wüßte sehen, welche Not noch in den Städten herrsche; auf der andern Seite müßten die Städte jetzt auch begreifen, wie schwer die Arbeit der Landwirtschaft sei; denn noch niemals habe die Landwirtschaft vor

einer so schweren Aufgabe gestanden wie jetzt. Die Vorwürfe, daß alle Verordnungen der Behörden nur zum erlösen Tisch und ohne Verständnis für die Lage der Landwirtschaft erlassen würden, seien ungerichtet; denn auch die Behörden hätten noch nie die Aufgabe zu erfüllen gehabt, während einer so langen Kriegszeit wie jetzt ein ganzes Volk mit wenig ausreichenden Mitteln zu ernähren. Aber auch dieses Ziel des Durchhaltens werde erreicht werden, wenn jeder, auch jeder Landwirt sich in den großen Dienst des Vaterlandes stelle. — Oberpräsident v. Loebell gab das Versprechen ab, ebenso wie sein Amtsvorgänger für die Förderung der marktlichen Landwirtschaft einzutreten. Im Ariens habe die Landwirtschaft ihre Aufgabe glänzend gelöst; wir können durchhalten, weil die Landwirtschaft ihre volle Schuldigkeit getan habe. Es sei daher ein schweres Unrecht, Einzelschüler, die auch hier nicht ausgeblieben seien, zu verallgemeinern. Auch für die deutsche Landwirtschaft ständen noch schwere Monate bevor; es gelte jetzt durchzuhalten und auch das Letzte, was noch übrig sei, für die Allgemeinheit herzugeben. (Lebhafter Beifall.)

Zu dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht für 1917 erläuterten der Hauptgeschäftsführer Dr. Seedorf, die Fach-Geschäftsführer und mehrere Mitglieder der Kammer Einzelberichte ab. Im Rahmen dieser Berichte sprach Rittengutsbesitzer Reichstagsabgeordneter Dr. Köpcke über neue Möglichkeiten zur Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugung durch Zusammenfassung der Erzeuger in den einzelnen Gemeinden. Die Gemeindebehörden, die diese Aufgaben gegenwärtig zu erfüllen haben, müßten von den ihnen fremden wirtschaftlichen Geschäften befreit und die Erzeuger selbst dazu organisiert werden. Der Aufbau dieser Neuordnung müßte dann weiter über die Kreise und das Land hin erstreckt werden. Der Landwirt würde unstrittig bereiter sein zu liefern, wenn er sich freiwillig angeschlossen und zusammengefaßt habe, als wenn er gezwungen werde. Die Frage sei aber noch nicht reif, über sie werde von den maßgebenden Stellen verhandelt. Jedenfalls sei dieser Gedanke durchaus empfehlenswert und auch die marktliche Landwirtschaft würde alles einsehen, um ihn zu verwirklichen. (Beifall.)

Nach Erörterung einer Reihe weiterer Einzelberichte über die Tätigkeit der Landwirtschaftskammern wurde der Bericht der Rechnungsprüfungskommission für 1916 entgegengenommen und der Haushaltsvoranschlag für 1918 mit der erforderlichen Umlage festgestellt. Den Schluß der Sitzung bildeten Vorträge über Möglichkeiten zur Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung im Jahre 1918 und andere Fachfragen.

Verbraucher als Mitarbeiter in den Feststellungsausschüssen.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts hat in einem Rundschreiben an die Bundesregierungen diese ersucht, zur Teilnahme an den Arbeiten der Feststellungsausschüsse, die nach Ablauf der Drosseltermine die bei den landwirtschaftlichen Betrieben noch vorhandenen Getreidevorräte feststellen sollen, auch Vertreter der Verbraucherkreise heranzuziehen. Bei der Auswahl dieser Vertreter sind zunächst alle Kreise der Verbraucher zu berücksichtigen, also Industriearbeiter, Handwerker, Angestellte des Handels und der Kleingewerbe, Beamte, Angehörige der freien Berufe usw. Erforderlich ist insbesondere, den Verbraucherkreisen in den Industriezentren hinreichend Gelegenheit zu geben, sich von der ordnungsmäßigen Durchführung der angeordneten Maßnahmen zu überzeugen. In der Mitteilung von Vertretern der Verbraucherkreise bei der Tätigkeit der Feststellungsausschüsse sieht der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts ein geeignetes Mittel, um das Verständnis zwischen Stadt und Land für die Schwierigkeit der Lage zu fördern und zugleich die Tätigkeit der Feststellungsausschüsse zu unterstützen. In dem gleichen Rundschreiben werden die Bundesregierungen ersucht, auf Verlangen der stellvertretenden Generalkommandos der Feststellungsausschüssen in geeigneten Fällen Provinzialamts- oder Intendantenbeamte als Mitglieder zuzuteilen.

Der ungleichmäßige Gemüsemarkt.

Während in den süd- und westdeutschen Städten im allgemeinen nach den vorliegenden Marktberichten ein verhältnismäßig gutes Angebot von Obst und Gemüse herrscht, sind die Verhältnisse in Ost- und Norddeutschland, teilweise auch in Mitteldeutschland schlecht bestellt. Auf dem letzten Berliner Großmarkt wurden von südlicher Seite nur Kohlkräuter angeboten, die obendrein durch den Frost stark gelitten hatten. Mohrrüben und Kohlsorten waren überhaupt nicht angeboten. Dagegen wurden einige Eisenbahnwagen Rot-, Weiß- und Birngloß (Auslandsware) den städtischen Verkaufsstellen zugewiesen.

Zur Gemüseversorgung.

Nach einer Verordnung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts kann die Verwaltungsabteilung der Reichsstelle für Gemüse- und Obstbestimmungen über die gewerbemäßige Verarbeitung sowie über die Erzeugnisse von Gemüse und Obst verfügen. Die Erzeugnisse dürfen nur mit Zustimmung und zu den von ihr festgesetzten Preisen abgelehrt werden. Auch der Erwerb von Gemüse und Obst zur Herstellung solcher Erzeugnisse ist von der Reichsstelle abhängig. Auf Haushaltungen finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

Wo die Kartoffeln bleiben.

Aus Krefeld (Stfah) schreibt man uns: „In Genshmar (Oberbrud) lagern jetzt im Freien circa 12—15 Tausend Zentner Kartoffeln, die der dortigen Kartoffel-Klosterfabrik gehören. Sie sind dem Winterwetter schutzlos ausgesetzt und dem Verderben anheimgegeben.“

Da die vorjährige Kartoffelernte nach den amtlich bestätigten Angaben der deutschen Landwirtschaft nur so mittelmäßig ausgefallen ist, daß eine Erhöhung der Rationen für die städtische Bevölkerung nicht durchführbar erscheint, wäre es dringend erforderlich, die vorhandenen beschränkten Vorräte mit der allergrößten Sorgfalt zu behandeln. Dies scheint indessen, falls die obige Mitteilung zutrifft, nicht überall beabsichtigt zu werden. Vielleicht nehmen die verantwortlichen Stellen Veranlassung, sich um den Betrieb der Genshmarer Kartoffelklosterfabrik etwas eingehender zu kümmern.

Im Zirkus Lusch entfaltete der Clown Nappo als „Lustiger Landwehmann“ jedesmal nicht endenwährende Weisheitsprüche. Cliff Curran, als Klotze auf schwindelnd hoher, schwankender Rastspitze, nennt sich den „Mann ohne Verden“. Das Publikum, das die halbbrecherische Arbeit mit atemloser Spannung verfolgt, muß aber sehr gute Kerden haben, um nicht die Augen wegwenden zu müssen, wenn Curran auf der pendelnden Waspitze kopf steht.

Feuer in einem Spandauer Personenzuge. Die Charlottenburger Feuerwehre wurde am Donnerstagabend nach dem Bahnhof Jungfernheide alarmiert, wo ein Personenzug aus Spandau, der voll besetzt war, brannte. Drei Personen: die Arbeiterinnen Karoline Böhm und Franziska Bach sowie der Schmier Otto Jungnickel hatten Brandwunden erlitten und wurden von der Feuerwehre nach dem Krankenhaus Westend übergeführt. Das Feuer soll in einem Abteil 3. Klasse entstanden sein, angeblich durch Explosion eines Benzinhalters, der durch Fortwerfen eines glimmenden Streichholzes in Brand geraten sein soll. Bei dem großen Wirwar, der auf dem Bahnhof während des Brandes herrschte, konnten nähere Feststellungen nicht gemacht werden.

Gasvergiftung einer Familie. Eine folgenschwere Gasvergiftung hat sich in dem Hause Köhbachstr. 9 in Schöneberg ausgebreitet. Dort wohnt das Maurer Hermann Groffe'sche Ehepaar. Vorgeiern erlitten nun die Frau Martha Freudant aus der Lindenstr. 2 mit ihren Enkelkindern Heinz und Gün Rasertel bei Groffe zu Besuch. Da der Chemann G. krank zu Bett lag, begaben sich die übrigen Personen in die Küche, wo sie sich unterhielten. Als gegen 7 abends die Tochter der Frau Freudant erkrankte, um ihre Kinder abzuholen, fand sie zu ihrem Schrecken sämtliche fünf Personen bewußlos auf. Küche und Stube waren

vollständig mit Gas gefüllt. Hingegerufene Ärzte stellten sofort bei allen fünf Personen Wiederbelebungserfolge an, die schließlich bei Frau Groffe, Frau Martha Freudant und den beiden Kindern von Erfolg begleitet waren. Der Chemann Groffe dagegen war auf dem Krankenlager der Einwirkung des Gases erlegen. Wie die Untersuchung ergab, handelt es sich um einen Unglücksfall. Der Schlauch des Gasföders hatte eine große Öffnung, die nicht bemerkt worden war, und aus der das Gas ausgeströmt war, so daß alle Personen betäubt worden waren.

Kranüberfall in Nordend. Einem schweren Verbrechen ist man gestern früh in Nordend auf die Spur gekommen. In der Blantzenfelder Straße 20 in Nordend (Berlin-Rosenfeld) befindet sich die Gastwirtschaft von Thomfen. Die Stiehbierhalle dieses Restaurants war seit einiger Zeit an eine Arbeiterfrau Hoffmann verpachtet, die dort auch wohnte. Gestern früh wurde die Stiehbierhalle nicht geöffnet. Das erregte sofort Aufsehen und man benachrichtigte die Polizei, die das Lokal öffnen ließ. Am Schenkische lag Frau Hoffmann besinnungslos mit einer kaffenden Kopfnurde in einer großen Mütze. Ein Arzt legte der Schwerverletzten einen Nothverband an und ließ sie nach dem Krankenhaus bringen. Dort kam Frau H. für kurze Zeit zum Bewußtsein und konnte angeben, daß sie am Abend vorher, nachdem sie eben das Lokal geschlossen hatte, von dem letzten Gast, einem ihr unbekanntem Manne, überfallen worden sei, als sie ihm auf seine Zahlung Geld herausgab. Der Unbekannte habe plötzlich mit einem schweren Gegenstand auf sie eingeschlagen, so daß sie bald besinnungslos zusammengebrochen sei. Wie festgestellt wurde, ist die Kassenkasse beraubt worden. Von dem Täter selbst jede Spur; die Nachforschungen werden dadurch erschwert, daß die Ueberfallene noch keine näheren Angaben über den Räuber machen kann, da ihr Zustand noch sehr bedenklich ist.

Neukölln. Ungültigkeitserklärung einer Stadtverordnetenwahl.

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag wurde die Wahl des als Hausbesitzer gewählten Gen. Rüdke zum Stadtverordneten für ungültig erklärt. Obgleich auf den Gewählten alle abgegebenen gültigen Stimmen entfielen und Einspruch gegen die Wahl nicht erhoben wurde, mußte die Stadtverordnetenversammlung nachprüfen, ob der Gewählte die Qualifikation eines Angeesehenen besitzt. Rüdke ist Geschäftsführer der Baugenossenschaft „Ideal“. Persönlich besitzt er kein Haus und ist auch nicht unbefristeter Nießbraucher eines solchen. Die Tätigkeit als Geschäftsführer reicht aber nicht aus, um den Bestimmungen der Städteordnung entsprechend als Hausbesitzer gelten zu können. Die Wahl wurde deswegen für ungültig erklärt. Die Ordnung für die Erhebung einer Biersteuer wurde dahin erweitert, daß sie auch auf die hierähnlichen Getränke ausgedehnt wurde. Die beantragte Verstärkung einiger Statpositionen der Voranschläge für die städtischen Werke für das Jahr 1917 gab Genossen Conrad Veranlassung, die Methode der Etatsaufstellung zu bemängeln. Bei der Aufstellung des Etats wird immer versucht, die Ausgaben möglichst niedrig zu halten, um den Etat balanzieren zu können. Der hinführende Vorschlag stellte sich dann später ein, indem die einzelnen Statpositionen verstärkt werden müßten. Diese Bemängelung hält Oberbürgermeister Kaiser für ungerechtfertigt, wie er im einzelnen nachzuweisen versucht. Für den Betrieb der städtischen Hypothekbank für 1. Hypothek wurde beschlossen, eine neue Anleihe im Betrag von 10 Millionen Mark aufzunehmen, um nach Kriegsende die notwendigen Mittel für die verfallene Tätigkeit auf dem Bauplatz zur Verfügung zu haben. Es ist damit zu rechnen, daß dann in Neukölln die Bautätigkeit einen besonders großen Umfang annehmen wird.

Charlottenburg. 100 Millionen Mark Sparanlagen. Der Sparkassenbestand bei der städtischen Sparkasse hat den Betrag von 100 Millionen überschritten. Er hat sich seit sieben Jahren verdoppelt. Seit Beginn des Krieges ist er nach Abzug aller den Spargern zur Verfügung gestellten Kriegsanleihebeträge um 82 Millionen gestiegen. Die Gesamtsumme der Sparer beträgt 184 000; sie hat sich seit Kriegsbeginn um 50 000 erhöht.

— Rentenzulagen. Wer eine Invaliden- oder Krankenrente bezieht, erhält bekanntlich vom 1. Februar bis Ende dieses Jahres eine monatliche Zulage von 8 M. Personen, die eine Witwen- oder Waisen- oder Witwenrentenrente beziehen, 4 M. monatlich. Die für die Rentenberechtigten erforderlichen Quittungsformulare sind für Charlottenburg im dortigen Versicherungsbüro, Rathaus, Berliner Straße 72/73, Zimmer 212a, von 8—3 Uhr erhältlich.

— Nicht abgeholt Kohlenkarten. Der Magistrat Charlottenburg macht darauf aufmerksam, daß die nicht rechtzeitig abgetragenen Kohlenkarten auch später zwischen 9—2 Uhr im Rathaus, Berliner Straße 72/73, Zimmer 481, abgeholt werden können. Anträge auf Mehrbewilligung können jederzeit nachgeholt werden. Wegen des großen Andranges empfiehlt sich schriftliche Erledigung.

Friedrichshagen. Lebensmittel. Auf Abschnitt 86 gelangen je 1/2 Pfund Graupen zum Preise von 18 Pf. zur Verteilung.

— Petroleumausgabe. Vom Montag, den 28. Januar, ab beginnt die Ausgabe. Da der Verkauf jetzt eine Regelung erfahren hat, sind die einzelnen Geschäftskunde angehalten, nur gegen Kartons zu verfahren. In folgenden Geschäften wird Petroleum ausgegeben: Prosulcit, Ed. Conrad, Alb. Conrad, Dreher, Fichel, Engel, Hannes, Heinrich, Heller, Lange, Mikoleit, Mörike, Pischel, Rosoll, Schönborn, C. D. Schulz und Thrau.

Kleines Theater: „Nante“.

Bilder aus dem alten Berlin nach Adolf Glasbrenner.

Von dem Glasbrenner, der mit einigen seiner politischen Spottebilder auch heute noch in der Erinnerung der sozialistischen Arbeiter lebt und manchen näher aus Franz Diederichs im Vorwärts-Berlag veröffentlichten biederreichen Sammelband: „Unterm Brennglas: Berliner politische Satire, Revolutionsgeist und menschliche Komödie“ bekannt ist, ist in dieser Folge, die seinen Namen zitiert, kaum irgend etwas zu hören. Der ungenannte Bearbeiter hat aus dem im Vormärz erschienenen zahllosen Blättern und Hefen Glasbrenners, in denen dieser seine berühmten gewordenen Berliner Lokaltypen, den Eckensteher Nante und den rationierenden Rentier Luffen, in allerhand anekdotischen Schmarren vorträgt, sich Anregungen geholt, das Material nach eigener Erfindung zu Possenbildern aus-

Wenn Ihr Freund,

der bisher noch nicht Abonnent unseres Blattes war, den „Vorwärts“ ab 1. Februar erhalten will, so muß er noch heute oder morgen den folgenden Zettel ausgefüllt an die Expedition des „Vorwärts“, Berlin S.W., Lindenstraße 3, absenden:

Ich abonniere ab 1. Februar 1918 den „Vorwärts“.	
Abonnement monatlich 1,50 M.	
Name	_____
Wohnort	_____
Straße	_____ Nr. _____

